

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

13 (16.1.1913) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2060. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, aber deren Raum 20 P. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 7/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Die Bad. Landeszeitung auf dem Holzweg.

Unser Artikel in der Samstag-Nummer: „Der Herr Basser am Scheidewege“ hat die „Bad. Landeszeitung“ zu einer längeren Antwort veranlaßt. In einem eigenen Leitartikel — Gott sei gedankt! — versucht sie den Stil umzudrehen und die Sozialdemokratie für die Misere in unseren deutschen politischen Zuständen verantwortlich zu machen. Daß auch von der Sozialdemokratie politische Fehler gemacht werden, haben wir noch nie geleugnet, im Gegenteil, was an uns liegt, alles getan, um sie zu vermeiden. Allein darum handelt es sich ja nicht — politische Fehler werden von allen Parteien ohne jede Ausnahme gemacht.

Die Sozialdemokratie hat den Anschluß zur positiven Mitarbeit noch immer gefunden, wo die Voraussetzungen dazü gegeben waren. Daß die Voraussetzungen im ganzen dazu fehlen, ist in erster Linie die Schuld der Nationalliberalen. Darüber ist mit windigen Ausflüchten, wie sie jetzt die „Landeszeitung“ gebraucht, nicht hinwegzukommen. Prinzipiell hat die Sozialdemokratie jederzeit sich bereit erklärt, mit dem Liberalismus zusammenzuarbeiten. Darüber gibt es in der Sozialdemokratie — auch bei den Radikalen — gar keine Meinungsverschiedenheit. Der Streit in unserer Partei drehte sich immer nur um die Frage, ob eine solche praktische Zusammenarbeit überhaupt möglich ist. Daß sie möglich wäre, unterliegt für uns gar keinem Zweifel. Wenn die Voraussetzungen dafür fehlen, so liegt die Schuld, wie schon bemerkt, hauptsächlich bei den Nationalliberalen, die sich bis jetzt als völlig unfähig erwiesen haben, einer liberalen Politik die Wege zu ebnet. Gewiß besteht zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Politik ein prinzipieller Unterschied, insofern die sozialdemokratische Politik darauf gerichtet ist, eine grundlegende Umwandlung nicht nur der politischen, sondern der ganzen gesellschaftlichen Zustände herbeizuführen. Allein diese Aufgabe macht an sich ein Zusammenarbeiten zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus nicht unmöglich. Das was die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien prinzipiell trennt, ist die Theorie, auf der ihre praktische Politik fußt, nicht diese selbst. Diese Theorie ist im ersten Teile des Erfurter Programms niedergelegt. Der zweite Teil des Erfurter Programms enthält die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie an den gegenwärtigen Staat. Diese Forderungen enthalten aber absolut nichts, was der praktischen politischen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus im ganzen unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen würde, denn der größte Teil dieser Forderungen enthält gar nichts speziell Sozialistisches, vielmehr sind es Forderungen, die früher der Liberalismus selbst vertreten hat.

Wäre der deutsche Liberalismus und speziell der Nationalliberalismus fähig und willens, eine wirklich liberale Politik auf demokratischer Grundlage zu betreiben, die Sozialdemokratie wäre sofort bereit, eine solche Politik mit allen Kräften zu unterstützen, sie könnte sich dieser Aufgabe gar nicht entziehen, es sei denn zu ihrem eigenen Schaden.

Wenn heute die große Mehrheit in der Sozialdemokratie den Großblock ablehnt, so nicht deshalb, weil sie ihn prinzipiell verwirft, sondern weil außerhalb Badens alle Voraussetzungen dafür fehlen. Es zeugt nur von der vollständigen Unkenntnis der „Bad. Landeszeitung“ in diesen Dingen, wenn sie behauptet, der Sozialdemokratie sei von jeher das Faktieren mit bürgerlichen Parteien ein Greuel gewesen. Geradezu absurd aber ist die Behauptung, für die radikalen Sozialdemokraten sei die parlamentarische Tätigkeit eine „berachtungswürdige Spielerei“, sie sehten ihre ganzen Hoffnungen auf die „direkte Aktion“.

Wenn solche Auffassungen von einzelnen Sozialdemokraten dann und wann vertreten wurden, so berechtigt das nicht zu der Schlussfolgerung, daß die Sozialdemokratie als solche sie zu den übrigen gemacht habe. Niemals stand die deutsche Sozialdemokratie auf diesem Standpunkt, vielmehr hat sie stets betont, daß es ihr Bestreben sei, auf dem Wege des Gesetzes und der Verfassung ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen. Daß innerhalb der Sozialdemokratie Gegensätze hinsichtlich der praktischen politischen Tätigkeit bestehen, ist zuzugeben. Dieser Gegensatz geht durch alle Parteien, er wurzelt in den trostlosen politischen Zuständen, die der deutsche Liberalismus verschuldet hat. Weiß denn die „Bad. Landesztg.“ nicht, daß es eine Zeit gab, wo die nationalliberale Partei die stärkste im deutschen Reichstag war, wo sie über mehr als 150 Mandate verfügte? Die Sozial-

demokratie konnte damals den Liberalismus bei den Wahlen nicht schwächen, noch konnte sie seiner politischen Arbeit hindernd in den Weg treten. Warum hat der Liberalismus damals nichts getan, um seiner politischen Mission gerecht zu werden? Warum erfolgte die Sezession im Liberalismus? Die Fragen aufwerfen heißt die Ursachen unseres politischen Elendes aufdecken.

Die „Landeszeitung“ verweist auf die Schwierigkeiten, welche den Revisionisten in Süddeutschland bei ihrer reformistischen Politik in den Weg gelegt werden. Ja, weiß die „Landeszeitung“ denn nicht, daß ganz das gleiche auch den badischen Nationalliberalen gegenüber seitens ihrer preussischen z. Parteigenossen geschieht? Es ist doch kein Zufall, daß die süddeutschen Sozialdemokraten in der Frage der Budgetbewilligung z. mit ganz wenigen Ausnahmen eine andere Stellung einnehmen, als die preussische Sozialdemokratie. Sätten wir in Preußen ein Wahlrecht, welches der preussischen Sozialdemokratie eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im preussischen Abgeordnetenhaus garantierte, alle diese und noch verschiedene andere Streitfragen würden sehr bald von der Tagesordnung verschwinden.

Wer aber ist es denn, der eine großzügige Wahlrechtsbewegung in Preußen unmöglich macht? Es sind die Nationalliberalen, die dem preussischen Volke das Wahlrecht verweigern, welches in Süddeutschland eingeführt ist und welches die preussischen Wähler seit über 40 Jahren für die Wahl zum Reichstag besitzen. Hier liegt die Wurzel des Übels. Solange in Preußen die Sozialdemokraten als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, fehlen die Voraussetzungen für eine Politik, welche das Zusammenarbeiten zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie möglich und notwendig macht. Alles Gerede über das Forum und Dran dieser politischen Zusammenarbeit hat keinen Sinn, solange diese Voraussetzungen fehlen.

Die Badische Landeszeitung“ retoriert sich schließlich auf die „nationalen Lebensfragen“, die den Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus als unüberwindlich erscheinen lassen. Sie vergißt dabei nur, daß auch diese Fragen auf den Boden einer wirklich liberalen und demokratischen Politik gestellt, sich ganz anders präsentieren, als heute. Unter der Herrschaft einer liberal-demokratischen Politik können die sogenannten nationalen Gegensätze nicht mehr wie heute künstlich aufgepflanzt werden, es wird keine Privilegienherrschaft mehr für den Adel in der Diplomatie, im Heere und in der inneren Verwaltung geben; auch das Seerwesen wird ebenso wie die Diplomatie und die innere Verwaltung demokratisiert. An die Stelle der politischen Unkultur von heute wird die politische Kultur treten, das Agitationsbedürfnis tritt hinter das Bedürfnis nach einer vernünftigen gesunden Politik des stetigen Fortschritts zurück, denn der Liberalismus sowohl als die Sozialdemokratie müssen politisch aktionsfähig bleiben, wollen sie nicht freiwillig politisch abdanken.

Heute kann keine aktionsfähige Politik der Linken gegen die Rechte betrieben werden, weil es keinen Liberalismus gibt, der die Forderungen der Demokratie und des wirklichen Liberalismus vertritt. Dem stehen die Nationalliberalen im Wege deren grundlos politische Haltung selber nur zu oft auch auf den Linken Liberalismus abfährt.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet kann und muß man wünschen, daß die reinliche Scheidung im Liberalismus so bald als möglich erfolgt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die übergroße Mehrheit der liberalen Wähler kein Interesse an der heutigen Politik des Liberalismus hat, weder in politischer, noch viel weniger in wirtschaftlicher Beziehung. Je früher sich der Liberalismus auf seine historische Aufgabe, die schwarzeblau Reaktion mit helfen zu beseitigen bekennt, um so sicherer bleibt er vor dem innern Zerfall, der ihm sonst droht, bewahrt und um so früher werden die Voraussetzungen für ein positives Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie geschaffen. In dieser selbst hat der Entwicklungsprozeß nach dieser Richtung schon lange und viel intensiver, als es zunächst scheint, eingesetzt. Er wird nur immer wieder unterbrochen durch die fehlerhafte, jeden festen Grundfahes entbehrende Politik des Liberalismus, der nicht gefunden kann, so lange er das Bleigewicht des Nationalliberalismus mit sich herumträgt. Der Nationalliberalismus hatte keine politische Existenzberechtigung mehr, er spielt nur noch die Rolle des Handlangers, der die Reaktion stützt, damit sie nicht aus dem Sattel fällt.

Deutsche Politik.

Wider das Koalitionsrecht. Am 22. Mai 1912 lehnte der Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 275 gegen 63 Stimmen eine konservative Resolution ab, die die Einbringung eines Gesetzesentwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen forderte. Die Konservativen haben sich durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken lassen. Sie legen zum Etat des Reichsamts des Innern auch in diesem Jahre eine

Resolution vor, die sich auf den Schutz der Arbeitswilligen bezieht. Nur drücken sie sich diesmal präziser aus und stellen an die verbündeten Regierungen das Ersuchen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs eine Vorlage zu machen, die ein Verbot des Streikpostenstehens ins Auge faßt. Auf das Verbot des Streikpostenstehens laufen ja neuerdings alle Wünsche der Scharfmacher hinaus und die Konservativen geben sich der Erwartung hin, daß diese genauer umschriebene Forderung auf größere Sympathie im Reichstag stoßen werde, als die allgemein gehaltene Anregung des Vorjahres. Trotzdem erscheint es uns zweifelhaft, ob der Antrag eine Mehrheit erhalten wird. Viele, die im Herzen für das Verbot sind, scheuen sich doch vor dem Verlangen nach einem Gesetz, das den Ausnahmeharakter gar zu deutlich zur Schau trägt. Sie glauben bis zur allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs warten zu können, und daß bei der Gelegenheit versucht werden wird, das Streikpostenstehen unmöglich zu machen und damit den Wert der Arbeiterkoalitionen beträchtlich zu verringern, ist ja so gut wie sicher. Wenn also auch die neue Resolution im Reichstag nicht angenommen wird, so haben die Arbeiter noch keinen Grund, sich in Sicherheit zu wiegen. Ihre Gegner, die jetzt darauf verzichten, den von den Konservativen gewiesenen Weg zu gehen, sind nur darauf aus den andern nicht zu verfehlen, von dem sie hoffen, daß er sie um so sicherer zum Ziele führen wird.

Ein Landrat im Kampfe gegen das Vereinsgesetz. Der Landrat Rex von Weilburg an der Lahn führt dauernd einen Kleinkrieg gegen unsere Genossen. Am Sonntag hat er sogar einen Lichtbildvortrag über den Nordpol unterfangt, der im Dorfe Wolfshausen von einem Redner des Frankfurter Bildungsausschusses gehalten werden sollte. Begründung: „Es bestebe die Befürchtung, daß unästhetische Bilder vorgeführt werden.“ Jedermann wird fragen, wo denn die Unästhetik bei diesem Vortrag über den Nordpol steckt? Zum Ueberflus überzeugten sich Bürgermeister und Gemeindevorstand, daß die Bilder wirklich nicht enthielten, was nicht auch Kinder sehen dürften. Aber was tut das? — Das angerufene Gericht wird den Landrat lehren, daß solche Bildungspläne nicht genehmigungspflichtig ist.

Abgeblüht. Der antisemitische Abgeordnete Dr. Werner-Gießen hatte an den Reichstanzler die Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, das „Berliner Tageblatt“ und andere den Antisemiten nicht genehme Blätter vom Vertrieb auf den Bahnhöfen auszuschließen. Die vom Staatssekretär Zeltbrück schriftlich gegebene Antwort geht dahin, daß die Angelegenheit zur verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches nicht gehöre.

Der elsass-lothringische Landtag hat am Dienstag seine Arbeit wieder aufgenommen. Infolge des Beitritts einiger unabhängiger Merkanten ist der Lothringer Block die zweitstärkste Fraktion im Parlament, und er erhob Anspruch auf den ersten Vizepräsidenten. Der Zentrumsabgeordnete Ricklin wurde Präsident, der Lothringer Labrois erster und der Genosse Böhle zweiter Vizepräsident. Die Liberalen, die bisher den zweiten Vizepräsidenten stellten, haben in Bureau ebenso wie die übrigen Fraktionen je einen Schriftführer. Das im Parlament funktionierende Gericht, die Zentrumspartei würde in einer Erklärung dem Abg. Wetterlé, der seine Sekretentour in Frankreich abgeschlossen hat und der der heutigen Sitzung bewohnte, abschütteln, bestätigte sich nicht, trotzdem sämtliche Zentrumsblätter den Abg. Wetterlé scharf angreifen. In einer der letzten Nummern des Wetterlé'schen Organs hieß es noch, daß die Gefinnungsgenossen von Wetterlé sich von dem unerschämten Sproßlingen der Hungerleider, die nach dem Unglück von 1870 in Elsass-Lothringen vorhanden sind, kein Stillschweigen auferlegen lassen. Diese Hegagitation kommt dem Zentrum bei den neuen Debatten über Gehaltsaufbesserung der Geistlichen und bei der Lehrer- und Beamtenbesoldungsvorlage sehr ungelogen.

Vom württembergischen Landtag. Im Seniorenkongress des Landtags wurde nachmittags beschlossen, mit der ersten Lesung des Etats zu beginnen, voraussichtlich mit einer Rede des Finanzministers. Es sind dafür sieben Tage in Aussicht genommen und zwar wird damit gerechnet, daß keinesfalls mehr als drei Serien von Rednern vorgeführt werden. Bezüglich der Reihenfolge derselben soll immer auf einen Redner der Rechten ein Redner der Linken folgen und zwar beginnt der Stärke nach das Zentrum. Dann kommen der Reihe nach die fortschrittliche Volkspartei, Bauernbund, Sozialdemokraten, deutsche Partei. Mit der Generaldebatte soll noch die Beratung einiger kleinerer Gesetze, die Aenderung des Lehrerbefoldungsgesetzes, Verlängerung der kürzesten Dauer des Gesetzes über die Grundgebäude- und Gewerbesteuer und Aenderungen des Gesetzes über einen Nachtrag zu den Gerichtsfehlen und Notariatsgebühren erfolgen. Anschließend an die Generaldebatte soll besonders die erste Lesung des Eisenbahnbaukreditgesetzes erfolgen. Das Pensionsgesetz für Körperlichsbeamte befindet sich noch in Druck, soll aber noch vor der großen Pause für den Finanzausschuß in die erste Lesung kommen.

95
45
38
68
55
45
75 5.85
12.50
50 7.75
50 2.85
25 6.85
25 2.55
4684
95
1.35
1.85
2.25
2.65
2.95
3.25
45 2.95
Gemüse
Erbsen
Bohnen
35
40
75
Bohnen
38
Bjben
42
Bekanntes
10%

Ausland.

Frankreich.

Zwei neue Präsidentschaftskandidaturen. Zwei weitere Kandidaturen sind jetzt aufgetaucht. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Jean Dupuy, gibt seine Kandidatur für den 17. Januar offiziell bekannt. Er soll, im Gegensatz zu dem gleichfalls kandidierenden Ackerbauminister Pams, welcher die Einwilligung des Ministerpräsidenten Poincaré für seine Kandidatur nachgesucht haben. Poincaré hat sie gewährt. Er hat sogar erklärt, daß wenn im ersten oder zweiten Wahlgange sich die Unhaltbarkeit seiner Kandidatur zeigt, seinen Einfluß in den folgenden Wahlgängen für Dupuy einzusetzen. Dupuy darf also als „Erst-Poincaré“ gelten. — Weiterhin haben Delcassé's Freunde diesen Bewegungen, seine Kandidatur zu promotieren, weil er als Marineminister eine Stellung bekleide, die seinen Fähigkeiten nicht entspreche. Delcassé hat dies auch geantwortet, er am besten weiß, daß er in Durchfallskandidat ist.

Italien.

Rom und die Kultusfreiheit. Verschiedene Blätter hatten behauptet, die römische Kirche erkenne die Kultusfreiheit an. Demgegenüber erklärt ein Leitartikel des „Osservatore Romano“, er wolle die wahre kirchliche Lehre verkünden, damit „solche kolossalen Irrtümer und verwerfliche Phantasien keinen Boden finden“. Der „Osservatore“ schreibt: Daß auch in einigen katholischen Staaten neben anderen frankhaften Freiheiten auch Kultusfreiheit herrscht, ist leider wahr. Dieser philosophische Unsinn und theologische Irrtum erklärt sich leicht durch den Abfall dieser Staaten von der Wahrheit und dem gesunden, praktischen Kriterium in religiösen Dingen. Verfehlt wäre es jedoch, aus dem Umstand, daß die Kirche mit solchen Staaten gute Beziehungen pflegt, zu folgern, daß Rom die Kultusfreiheit und ähnliche Dinge gutheißt und sanktioniert. Die Kultusfreiheit und ähnliche Freiheiten geteilt niemals katholischen Staaten zu, sondern erduldet sie nur infolge des Abfalls der Regierungen von katholischen Glauben. In andersgläubigen oder ungläubigen Staaten verlangen dagegen die Kirche die Kultusfreiheit für die katholische Minderheit, weil das die einzige Gewähr für die Ausbreitung der kirchlichen Wahrheit sei.

Spanien.

Alfons Alfons und die politischen Führer. Der republikanische Führer Azcarate begab sich am 14. d. M. um 6 Uhr ins Palais, wohin er vom König berufen worden war, um ihm über soziale Probleme zu besprechen. In politischen Kreisen wird berichtet, daß der König entschlossen sei, alle hervorragenden politischen Persönlichkeiten, welcher Partei sie auch angehören, zu empfangen, um ihre Meinung über die verschiedenen politisch interessanten Fragen von allen Gesichtspunkten aus kennen zu lernen. Außer Azcarate werden noch verschiedene andere Republikaner vom König empfangen werden, so namentlich auch der radikale Führer Ferrer. Der sozialistische Führer Pablo Iglesias veröffentlicht die Nachricht von diesen Empfängen, indem er beifügt, daß sie einen tiefen und günstigen Eindruck in allen Kreisen gemacht habe. Nur die reaktionären Kreise zeigen sich sehr zurückhaltend.

England.

Ein großer Denker von 90 Jahren. Ruffel Wallace, der große Forscher in Zoologie und Völkerverwandtschaft und Genosse Darwins als Bahnbrecher der Entwicklungslehre, beging am 8. Januar in voller Mütigkeit von Körper und Geist den neunzigsten Geburtstag. Unter den vielen Glückwünschen, die ihm von gelehrten Gesellschaften und Persönlichkeiten aller Art zugehingen, war einer der Gesellschaft für Bodenbearbeitung, deren Vorsitzender er seit 30 Jahren ist. Einem Vertreter der „Daily Citizen“ gegenüber äußerte er sich mit großer Wärme über die Arbeiterbewegung. Sprache seine Freunde über die Entwicklung des Volkes und seine Tätigkeit aus. So in der Sache der Arbeiterinnen Nordenglands. Es hätten vorher wohl wenig Leute gedacht, daß solche fürchterlichen Zustände noch in England vorhanden seien. Was die Arbeiterpartei betrifft, jagte er, sollte sie kräftiger ins Zeug gehen. Sie machen ihre Stimme nicht genug geltend. Sie sollten irgend eine Kampfsprache aufgreifen und immer und immer wieder dem Parlament einhämmern. Die Ablehnung der mechanischen Appellung durch die Eisenbahnverwaltungen aus pekuniären Rücksichten bezeichnete er als ein Hauptargument für die Nationalisierung der Bahnen. Ueber den Kampf gegen die Armut sprach er gleichfalls höchst bemerkend. „Es ist schändlich, daß Männer, Frauen und Kinder jeden Tag hungern müssen. Die Regierung sollte ihren Heberschub von 6 Millionen Pfund verwenden, um das Volk zu ernähren. Aber das magen sie nicht.“ — Möge dem großen Gelehrten, der im Gegensatz zu so vielen

seiner Art Verständnis und Empfinden für die Befreiungskämpfe auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete besitzt und seit langem überzeugter Sozialist ist, noch ein schönes Abendrot im Hinblick auf die kommende Erlösung der Menschheit beschieden sein!

Ein glänzendes Geschäftsjahr. Mit einem Gesamtaußenhandel von rund 27½ Milliarden Mark hat Großbritannien im Jahre 1912 einen vordem noch nie erreichten Höhepunkt des wirtschaftlichen Gediehens erklommen. In Einfuhr und Ausfuhr wurden Rekorde aufgestellt. Ganz besonders mußte dieser Aufschwung der Schifffahrt zugute kommen. So wird berichtet, daß die Rheedereien in Cardiff mit etwa 500 Schiffen an 5 Millionen Pfund Reingewinn erzielt haben, das sind 200 000 Mark auf ein Schiff. Eine Rheederei mit 30 Schiffen erzielte nahezu 300 000, eine andere mit 20 Schiffen 211 000 Sterling Reingewinn. Nicht ganz so glänzend ist der Anteil, der den Arbeitern zugefallen ist. Man weiß, mit wie mageren Vergleichen die Lohnkämpfe gemeistert ausgegangen sind, und daß die Löhne kaum, wenn überhaupt mit den seit Anfang des Jahrhunderts um über ein Zehntel gestiegenen Lebensmittelpreisen haben Schritt halten können. Daß neben den vielen Hunderttausenden, die gelegentlich hungern mußten oder in ständiger Unterernährung lebten, andere 100 nach amtlicher Feststellung den Hunger tot gestorben sind, ist freilich wenig angenehm, aber nun einmal eine notwendige Begleiterscheinung des modernen Fortschritts. Die Sonne hat ja auch ihre Pfade. Und die Millionenstrebenden schmeden nicht schlechter, wenn hundert Menschen so dumm waren, ohne Abendbrot schlafen zu gehen.

Badische Politik.

Wie man die Beschlüsse des Landtags achtet.

Nach dem Hofbericht vom Montag empfang der Großherzog den bayerischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Graf v. Hoy, der vom Prinzregenten beauftragt war, den Dank der bayerischen Regierung für die Befreiung der großherzoglichen Gesandtschaft in München zum Ausdruck zu bringen.

Der Landtag beschließt mit Mehrheit die Einziehung der Gesandtschaft, der Großherzog hält sie trotzdem aufrecht und der neue Regent von Bayern beglückwünscht ihn dazu. Man kann daraus ersehen, wie die regierenden Fürsten auf die Beschlüsse der Volksvertretungen pfeifen. Im Landtag sollte bei seinem Wiederauftritt darüber ein recht ernstes Wort geredet werden. Sagten doch auch kürzlich erst die „Münch. Neuest. Nachr.“ über den „Wert“ der Münchener Gesandtschaft:

Bei der Möglichkeit einer leichten direkten Verständigung der Regierungen von Bayern und Baden in allen gemeinsamen Fragen kam der badische Gesandtschaft zum wenigsten nur eine repräsentative Bedeutung zu.

Und wenn die Kammermehrheit diese rein repräsentative Bedeutung richtig einschätzte und den Posten strich, dann tat sie recht daran; man sollte sich seitens der Regierungen hüten, solche Beschlüsse zu ignorieren. Eines Tages könnte die Kammer den Stiel umdrehen und ob dann gewisse Stellen in Karlsruhe besser fahren, das möchten wir sehr bezweifeln.

Eine Brückierung der Zweiten Kammer findet auch die „Frankf. Ztg.“. Das Blatt schreibt:

Wenn jetzt nicht Prinzregent Ludwig, sondern die bayerische Regierung den Dank für die Befreiung ausspricht, so liegt hier offenbar wieder eine jener Angelegenheiten vor, in denen das Regime Hertling schon einige Bewilligungen erlangt hat. Man hat offenbar in München nicht bedacht, daß in dieser Form der Dankesagung eine wenn auch vielleicht unbeabsichtigte Brückierung der badischen Volksvertretung liegt; denn die Kammer hat die Gesandtschaft gestrichen, und sie kann nicht durch Bayern wieder hergestellt werden.

Was hier gesagt wird, rechtfertigt erst recht unsere obige Auffassung, daß die Angelegenheit unbedingt in der Kammer zur Sprache gebracht wird.

Eine Gemeinheit.

„Das Leben wird dir wenig gefallen.“ „Vielleicht nicht, aber ich habe all diese trockenen Theorien, Tatsachen und Statistiken satt und verlange Fleisch und Blut.“ Ich möchte mich als kleinen Teil dieser großen, arbeitenden, strebenden, jorgenden Menschheit fühlen, auf deren Kosten ich ein behagliches Mühsiggängerleben führe und erzogen worden bin, der ich alles danke und die bisher keinerlei Gegenleistung von mir empfangen hat — nein, nicht die geringste Gegenleistung! Fast schäme ich mich vor mir selbst, selbstschüchternes Geschöpf, das ich bin!

Tiefes Bedauern klang aus ihrer Stimme und ihrer ganzen Haltung; den fest zusammengefaßten Händen war es anzusehen, daß ihre Worte wirklich ernst gemeint waren.

„Du, Konstanze,“ fuhr sie nach einer Weile fort, „thronst auf den kalten Höhen der Wissenschaft, an die die menschlichen Leiden und Freuden nicht heranreichen, aber ich — ich gehöre zum Volke und kann es nicht länger ertragen, mich ohne Gegenleistung von seiner Hände Arbeit ernähren zu lassen.“

„Ich verstehe,“ entgegnete Konstanze kühl, „daß mir Reichthum stets als Mittel erschienen ist, um das höhere, der Wissenschaft geweihte Leben zu führen, das mit den niedrigen Zielen und den unreinen Freuden der großen Herde nichts gemein hat.“

„Du kannst und darfst dich von der Herde absondern und nur der Wissenschaft leben. Ich habe nicht das Recht und darf es daher nicht tun.“

„Aber allein, ganz allein willst du dich in jene schreckliche Gegend wagen?“

„Ganz allein, Konstanze.“

„Und — und — dein guter Ruf, Angela?“

Angela lächelte laut.

„Ich bin deswegen ganz unbesorgt, meine Liebe,“ entgegnete sie. „Für Klatsch bin ich nicht zu haben, und wer mir von meinen Freunden nicht trauen sollte, möge sein Wohlwollen getrost auf einen würdigeren Gegenstand übertragen. Die erste Forderung für die Gleichberechtigung der Frau ist gleiche Erziehung. Die nächste —“

Wir haben nicht nötig, unsern Genossen Dr. Duard, der ein anerkannt hervorragender Sozialpolitiker ist, gegen die schmutzigen infamen Anwürfe in Schutz zu nehmen, am allerwenigsten gegenüber einem Blatte, von der Bedeutung dieser Karlsruher Inzeratenplantage. Es genügt, diese Gemeinheit zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, um jedermann das Urteil darüber zu überlassen. Männer von der politischen Qualifikation unseres Genossen Dr. Duard können von einem Zeilenhändler nicht beleidigt werden.

Presseprozeß.

Vor dem Oberlandesgericht kam gestern die Privatklage des Vikars Berger in Säckingen gegen den Redakteur des „Säckinger Tagblatts“, Mehr, zur Verhandlung. Mehr war von der Anklage wegen Beleidigung des Vikars Berger seinerzeit auf Schöffengericht Säckingen freigesprochen worden; auf Verurteilung des Privatklägers änderte das Landgericht Waldshut dieses Urteil dahin ab, daß Mehr zwar für schuldig, aber gemäß § 199 des Strafgesetzbuchs für straffrei erklärt wurde. Nun hat das Oberlandesgericht auf die Revision des Privatklägers dieses Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Freiburg zur Rückverweisung.

Der Vollzug des Gebäudeversicherungsgesetzes.

Die Nummer 1 des Gesetzes und Verordnungsblattes veröffentlicht eine Verordnung des Ministeriums des Innern, betreffend den Vollzug des Gebäudeversicherungsgesetzes. Zum Vollzug des Gebäudeversicherungsgesetzes in seiner vom 1. Januar 1913 an geltenden Fassung wurde unter Aufhebung der Verordnung vom 30. Dezember 1902 in gleichem Betreff mit Wirkung vom 1. Januar 1913 die neue Verordnung erlassen. Dieselbe enthält Bestimmungen über die Organisation der Gebäudeversicherungsanstalt, die Bestellung der Vorkasse, die Führung der Feuerversicherungsbücher, die Aufnahme zur Versicherung, das Verfahren in Brand- und Explosionsfällen, die Erhebung der Beiträge und die besonderen Bestimmungen für die freiwilligen Entschädigungen.

Soziale Rundschau.

Sinsheim (Baden), 15. Jan. In der Generalversammlung der Aktienbrauerei Altenburg in Sinsheim-Baden-Baden wurde, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, nach lebhafter Debatte die vorgelegte Bilanz, sowie der Vergleich mit dem früheren Aufsichtsrat genehmigt und Entlastung erteilt. Die Gesellschaft wurde durch das frühere Vorstandsmitglied Bankier Anton Müller, Inhaber der zusammengekauften Bankfirma F. C. Berger in Baden-Baden, erheblich geschädigt. Müller hatte 175 000 Mark Aktien, die den größten Teil des Spezialreservesfonds der Gesellschaft ausmachten, schon seit einer Reihe von Jahren unterschlagen. Außerdem wurde die Gesellschaft von Müller noch dadurch geschädigt, daß er 28 710 Mark verfallene frühere Dividendenposten der Gesellschaft wohl belattete, aber nicht an diese abgeführt hatte. Durch den von der Generalversammlung nunmehr genehmigten Vergleich erhielt die Gesellschaft wieder 75 000 Mark eigene Aktien zurück, sowie eine Barvergütung von 30 000 Mark, während ein Teil der Dividendenposten mit 84 17 Mark von der Gesellschaft nachträglich eingelöst werden muß. Weiter wurde erklärt, daß der Vorstandsvorsitzende, der jetzt 160 000 Mark Aktien der Gesellschaft besitzt, auf seine Dividendenposten verzichtet und der Gesellschaft einen größeren Bankkredit zugesagt hat. Abgesehen von der entstandenen Schädigung durch die Unterschlagungen Müllers, ergibt auch die vorgelegte Bilanz ein ungünstiges Bild. Der Abschluß hat sich nach dem Bericht gegen das Vorjahr um 1200 Mark vermindert. Nach 46 247 Mark Abschreibungen (im Vorjahre 45 386 Mark) verbleibt einschließlich 2639 Mark (1632 Mark) Vortrag ein Gewinn von 46 70 Mark (40 589 Mark). Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung (im Vorjahre 4 1/2 Proz.). Die Gesellschaft mußte im Berichtsjahre eine Wirtschäft in Sinsheim (Kartung) erwerben; außerdem fiel ihr durch Zwangsversteigerung die Realwirtschaft zum „Döfen“ in Ansbach zu. Der Bericht verweist für das neue Geschäftsjahr auf die mit Ausnahme von Hopfen höheren Rohmaterialpreise, sowie auf die Mißernte im Weinbau und auch der übrigen Feldfrüchte im Bezirke der Gesellschaft, wobei dem Landwirt die Einnahmen ganz fehlen. Trotzdem sei, wenn wieder normale Verhältnisse eintreten, zu erwarten, daß sich der Bierkonsum steigert. Der

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Defant. Von E. Dewitt.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Ich erhielt daher eine entsprechende Erziehung in praktischen Fächern,“ fuhr Angela fort, „Anschauungsunterricht über die verschiedenen Industrien Englands und ihre Fabrikationsgeheimnisse, studierte Mathematik, erlernte kaufmännische Buchführung und Korrespondenz und gewann einen Ueberblick über die Verwaltung großer Vermögen. Wie es kam, daß mir das Studium der Musik erlaubt wurde, kann ich mir bis heute nicht erklären. Als ich älter wurde, sandte mich mein Großvater nach Cambridge, um hier Ordnungsliebe und Gewissenhaftigkeit zu erlernen, Eigenschaften, die, wie er meinte, hier heimisch seien, von denen aber die Frauen im allgemeinen nur wenig wußten. Während meines hiesigen Aufenthalts sollte ich mich mit der ganzen Literatur über Volkswirtschaft und Sozialismus vertraut machen und aus gesellschaftlichen Erwägungen zwei oder drei fremde Sprachen erlernen. Jetzt bin ich mit meinem Studium fertig. Ich kenne alle Theorien, die der Volk zum Gegenstand haben, bin aber überzeugt, daß sich nicht eine einzige davon in der Wirklichkeit bewähren würde. Darum will ich lieber erst das Volk selbst kennen lernen und dann aus meinen eigenen Erfahrungen die Nutzenwendung ziehen.“

„Und dein Vorhaben?“

„Ist höchst einfach. Ich werde mich verflüchtigen und aus der großen Welt verschwinden.“

„Was?“

„Sollte sich irgend jemand nach mir erkundigen, so wird niemand, du allein ausgenommen, wissen, wo ich stecke, und du wirst mein Geheimnis nicht verraten.“

„Du würdest, also in —“

„Whitchapel oder doch in der Nachbarschaft anzutreffen sein. Deine Angela wird Schneiderin werden und, wie ihre Urgroßmutter, ganz dem Volke angehören.“

„Was ist die nächste?“ fragte Konstanze, da Angela schwieg.

Sie holte aus ihrer Tasche ein kleines stählernes Instrument hervor, das in dem Zwielicht silbern glänzte. Es war kein Revolver, teuer Keiser.

„Die nächste,“ sprach sie und schwang die Waffe vor Konstanzes Auge, „ist — — der Hauschlüssel.“

Prolog.

Die Uhr zeigte die elfte Vormittagsstunde. Es war im Rosenmonat und Ort der Handlung ein Zimmer, im ersten Stockwerk eines Hauses, das an der Parkseite von Piccadilly lag. Durch die geöffneten Fenster drang der Straßenlärm hinein, den das Geräusch unzähliger Kabs (Droschken), Omnibusse und anderer Gefährte verursachte. So stark war das Getöse, daß der Bewohner des Zimmers es schließlich nicht länger aushalten konnte und die Fenster schloß, worauf sofort eine verhältnismäßige Stille eintrat, in der sich das Klappern der Räder nur gedämpft bemerkbar machte.

Die Einrichtung des Zimmers verriet, daß ein Junggeheile in ihm wohnte. Rings der Wände zogen sich Gestelle aus Eichenholz hin, die mit Büchern in solidem Einband gefüllt waren. Zwei oder drei Oelgemälde schmückten die Wände; auf einer Standfüße erhob sich ein kunstvoll aus Marmor ausgeführter Frauenskopf; auf dem Marmorstump über dem Kamin wie auf einem Ständer daneben lagen Visitenkarten, Einladungen und Photographien bunt durcheinander. Die Abwesenheit von Nippisachen jeder Art, sowie der Umstand, daß die ganze gediegene Einrichtung Spuren längerer Gebrauchs zeigte, deutete darauf hin, daß der Herr der Wohnung kein Jüngling mehr war. So verhielt es sich in der Tat und wer das erste, in jenem Augenblick etwas besorgt aussehende Gesicht des Mannes sah, der in einem Stuhl neben dem Frühstückstische saß, schätzte sein Alter wohl auf etwa vierundvierzig Jahre. Sein verwitertes Gesicht war nicht schön zu nennen, trug aber einen offenen, ehrlichen Zug zur Schau, der für ihn einnehmen und ihm Freunde gewinnen mußte. „Ich habe ihm im

r. Ouard, tifer ist, ge- nehmen, an der Beden- Es genügt, zu bringen, nen. Männer benossen Dr. cht beleidigt

Privatklage n Redakteur Verhandlung g des Wikars ngen freige- gers änderte in ab, daß Strafgeset- das Oberlan- dieses Urteil Verhandlung rg zur d-

efeses. ungsblattes rteriums des rferigungs- gesezes in ung wurde mber 1902 r 1913 die rntimmungen anstalt, die euerverfide- das Verfah- ung der Wei- die freimil-

raderversamm- in Sing- kfurter Bet- ge vorgelegte rtschaftat ge- würde durch rler, In- rger in te 175 000 rereserfonds von Jahren von Müller ene frühere ber nicht an rversammlung chafte wieder rgründung von s mit 947 werden muß, herlein, der eine Dibel- en größeren enstandenen ergibt aber Der Absatz 000 Mk. der r Vorhänge 200) Wor- e Dividende 3). Die Gen- in Singheim gwerftige- h zu. Der e mit Aus- wie auf die rfrüchte im Einnahmen rhältnisse rriget. Der

da Angela

lernes In- zänge. Es Waffe vor

Es war im im ersten von Bicca- der Stra- os Drosch- achte. So immer es ie Fenster le eintrat, bemerkbar

ein Jung- ch Gestelle n Einband rückten die istswoll aus rormfims nen lagen unt durch- r Art, so- ung Spu- n, daß der so verhielt Augenblick ab, der in häkte sein n vermit- über einen einnehmen ihm im

Vorbesitzer Leo Nowaki wurde neu in den Ausschichtat gewählt. Zum alleinigen Vorstände wurde der bisherige Direktor J. Winkler bestellt. Die beantragten Statutenänderungen wurden in der Generalversammlung ohne Debatte genehmigt. Das Unternehmen wird, so schreibt man uns, von seiner Krankheit wohl kaum mehr geheilt werden können. Die Dummheit aber sind die Arbeiter dieser Brauerei, welche noch mit erbärmlichen Löhnen abgepeißt werden. Die Singheimer Aktienbrauerei ist noch der einzige namhafte Betrieb in Mittelbaden, wo noch keine tariflich geregelten Verhältnisse bestehen. Die Arbeiter dieser Brauerei verdienen kaum die Hälfte so viel als die Brauereiarbeiter in der Umgebung. So lange die Brauereiarbeiter in Singheim aber der Organisation fern stehen, ist an eine Besserung nicht zu denken. Hohe Löhne sind also gewiß nicht schuld an dem schlechten Betriebsergebnis. Geradezu rührend ist es aber, wenn die Brauerei ausführt, daß der Konsumrückgang auf die schlechten Erwerbsverhältnisse zurückzuführen ist. Warum geht die Singheimer Aktienbrauerei nicht mit gutem Beispiel voran und bessert die Arbeiter auf?

Aus der Partei.

Weingarten, 14. Jan. Ueber Religion und Sozialdemokratie spricht am Samstagabend 1/9 Uhr im Parteilokal Gen. A. Hehle (Karlsruhe). Die Parteigenossen und „Volksfreund“-Leser werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Gengenbach, 13. Jan. Der sozialdemokratische Verein hatte auf gestern nachmittag eine Mitgliederversammlung abgehalten. Die gut besucht war. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten hielt Genosse Dietrich-Karlsruhe seinen Vortrag über „Rückblick und Ausblick“. Redner unterzog die politischen wie wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit einer genauen Betrachtung und gab für die zukünftige Organisation und Agitation praktische Winke und Vorschläge. Insbesondere betonte er, daß wir vor schweren Zeiten stehen und nicht wissen können, was für schwere Kämpfe uns das Jahr 1913 bringen wird. Deshalb müssen wir jederzeit gerüstet sein und ist es Pflicht der Parteigenossen, mehr als bisher für die Partei und Organisation zu arbeiten. Redner erstellte für seinen Vortrag wohlverdienten Beifall. In der Diskussion gab ein Genosse bekannt, daß der Jungdeutscherbund auch hier auf Werbearbeit geht. Die Vereinszeitung wird in vielen Exemplaren an die hiesige Gemeindeverwaltung geschickt. Von hier aus gehen dann diese Zeitungen an die Gewerkschule, wo sie dann vom Lehrer an die Schüler verteilt werden. Man ist der Ansicht, daß eine Gemeindeverwaltung doch andere und bessere Arbeit zu machen hat, als sich mit solchen Sachen abzugeben. Im übrigen werden uns die Jung-Deutschen wohl nicht den großen Ehrbruch tun, den sie vorkämen. Wenn die Proletarierkinder in die Fabrik kommen, dann wird ihnen gewöhnlich vom Fabrikanten oder Aufseher der Patriotismus schon wieder ausgetrieben.

Kürnberg, 12. Jan. Die redaktionelle Leitung der „Fränkischen Tagespost“ übernimmt noch im Laufe dieses Monats Genosse Dr. Adolf Braun, der das Blatt bereits früher leitete und seitdem an der Wiener „Arbeiterzeitung“ tätig war.

Die Bildungsarbeit der Partei. Interessante Einblicke in die Bildungsarbeit der Partei gewährt eine Statistik, die die Leipziger Parteigenossen aufgestellt haben. An den Herbstferien, die in 17 Lehrstellen erteilt wurden, beteiligten sich 812 Personen, darunter 89 Genossinnen. Die Altersstatistik der Kursteilnehmer wies das überraschende Resultat auf, daß gerade das junge Parteielement am schwächsten vertreten war, nämlich nur mit 6,7 Proz., während die Altersklasse von 31-40 Jahren 37,2 Proz. der Besucher umfaßte. Die Volksschule hatten die Kursteilnehmer bis auf 42 besucht. Diese 42 hatten Bürger- und höhere Schulbildung genossen. Die Ermittlungen über die Berufstätigkeit der Kursteilnehmer zeigten, daß die kapitalistische Fron manchen Genossen abhält, an seiner Weiterbildung zu arbeiten, aber sie zeigt auch, daß bei manchen Arbeiterkategorien das Bildungsbedürfnis verhältnismäßig schon vorhanden ist. Die Kurse sind gänzlich kostenlos.

Kommunalpolitik.

Ungültigkeitserklärung einer Bürgermeisterwahl. Vor dem Verwaltungsgerichtshof gelangte eine Klage gegen die Ungültigkeitserklärung einer Bürgermeisterwahl wegen Verstosches gegen § 56 der Gemeindeverfassung zur Verhandlung. Aus der Entscheidung des genannten Gerichtes entnehmen wir folgendes: Infolge verspäteten Eintreffens des Bezirksamtes wurde an Stelle der zuerst bestimmten und vorchriftsmäßig bekannt gegebenen Wahlzeit von 2 1/2 bis 3 Uhr eine neue Wahlzeit auf

3 1/2 bis 3 1/2 Uhr für die Bürgermeisterwahl festgesetzt. Die vor 3 Uhr weggegangenen Bürgerauskunftsmittel, soweit sie noch aufzufinden waren, wurden aufgefordert, zur Wahl zu erscheinen. Mit der Wahl wurde um 3 1/2 Uhr begonnen. Durch die §§ 51 und 56 der Gemeindeverfassung vom 27. Februar 1911 wird vorgeschrieben, daß die vom Gemeinderat vorzunehmende Einladung zur Bürgermeisterwahl, die die genaue Angabe der Zeit enthalten muß, innerhalb welcher die Wahl stattfindet, und daß zwischen der Einladung und dem Wahltag eine Frist von einer Woche liegen muß. Die Bestimmungen der Gemeindeordnung beruhen auf § 20 Absatz 4 der Gemeindeordnung und müssen so zur Anwendung kommen, wie wenn sie ein unmittelbarer Ausdruck des Gesetzes selbst wären. Es handelt sich hier nicht um Sollvorschriften, die nur instruktionelle Bedeutung haben, sondern um Mußvorschriften, die den Zweck haben, das den Wahlberechtigten gewährte Wahlrecht zu schützen und ein dem wirklichen Ausdruck des Willens der Mehrheit darstellendes Wahlergebnis sicherzustellen. In ihnen sind daher wesentliche Verfahrensvorschriften zu erblicken, gegen die im vorliegenden Fall schwere Verstöße begangen worden sind. In der Zeit, zu der eine vorchriftsmäßige Einladung der Wahlberechtigten ergangen war, wurde die Wahl nicht vorgenommen. Die einwöchige Frist zwischen der Einladung und der Wahl wurde nicht gewahrt. Es sind nicht bloß einzelne untergeordnete Verstöße im Vollzuge der Einladung der Wahlberechtigten vorgekommen, über die nach der Nachprüfung des Gerichtshofes hinweggesehen werden könnte, sondern es sind hier die wesentlichen Vorschriften über die Einladung der Wahlberechtigten in einem so weitgehenden Umfange verletzt worden, daß die ganze Wahl als un- gültig zu erachten ist. Dies wäre selbst dann anzunehmen, wenn die vorgekommenen Verstöße einen Einfluß auf die Wahl nicht gehabt haben könnten.

Unterstützung der Schwangeren. Im Nürnberger Gemeinderat wurde ein Antrag von einiger Zeit die Sozialdemokraten durch einen Antrag den weiteren Ausbau der Säuglingsfürsorge dahin, daß die Fürsorge sich schon auf das Kind im Mutterleibe zu erstrecken habe und deshalb bedürftige Schwangeren aus städtischen Mitteln Unterstützung zu zuweisen seien, damit sie nicht genötigt wären, bis zur Entbindung ihren Berufsarbeiten nachzugehen. Der Antrag wurde einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen; zuerst wollte man eine sogenannte Unterstützungsstelle mit freiwilliger Mitgliedschaft errichten, aber von unserer Seite wurde dagegen ins Feld geführt, daß gerade diejenigen Schwangeren, die der Unterstützung am meisten bedürfen, wegen Mangels an Mitteln der Rasse nicht beitreten würden. Diese Gründe mußten anerkannt werden, und nunmehr hat der Magistrat beschlossen, von der Errichtung einer Unterstützungsstelle abzusehen, dagegen 6000 Mk. in den Etat einzusetzen, aus dem bedürftige Schwangere mit Beiträgen von 80 Pf. bis 1.50 Mk. pro Tag unterstützt werden sollen. Zunächst werden die in Nürnberg heimatsberechtigten Frauen und Mädchen berücksichtigt, die auswärts Heimateuten erhalten die Unterstützung erst nach einjährigem Aufenthalt in Nürnberg. Die Gewährung der Unterstützung wird von dem Nachweis abhängig gemacht, daß die Empfängerin die Arbeit niedergelegt hat. Die Zentrale für Säuglingsfürsorge wird ersucht, dahin zu wirken, daß auch in die Voranschläge der Kreisgemeinde entsprechende Beträge für Schwangerenhilfe eingestellt werden; endlich wird an die bayerische Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie das Eruchen gestellt, im Benehmen mit Wöchnerinnenheimen, Frauenkliniken usw. zu untersuchen, welchen Einfluß die gewerbliche Tätigkeit der Schwangeren auf die Zahl der Totgeburten ausübt.

Die Fleischversorgung von Laub. Der Stadtrat beschloß, bezüglich des Bezuges von Schweinen aus Holland die Ausgaben für die Beschlagnahme auf die Schlachthauskasse zu übernehmen. Von dem Merkbetrag des Stadtrats, nochmals die Gelegenheit eines gemeinsamen Bezuges mit der Stadtgemeinde Mannheim zu benutzen, wurde seitens der Metzgerinnung abgelehnt, da sich eine nennenswerte Beteiligung von Metzgern an einem solchen Bezug nicht mehr erzielen läßt.

*** Planstadt bei Schwelmen.** Die Staatsgenehmigung zur Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte auf 8 Mitglieder ist eingetroffen und wurde Termin zur Wahl des Gemeinderats auf Donnerstag, den 23. Januar festgesetzt.

Bürgermeisterwahl in Oberharmersbach. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt keiner der 5 Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl, jedoch ein zweiter Wahlgang stattgefunden hat.

Erfolgreiche Bürgermeisterwahl. Der zweite Wahlgang für die Bürgermeisterwahl in Gumadingen bei Donauwörthingen hatte wiederum kein Resultat, da keiner der Kandidaten die notwendige Mehrheit erhielt. Es wird nun ein dritter Wahlgang stattfinden.

1. Verbandstag des deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

k. Jena, 12. Januar.

Der Verbandstag trat heute vormittag hier zusammen. Er ist, dem starken Wachsen des Verbandes entsprechend, sehr zahlreich besetzt. Den ganzen Saal des Volkshauses füllten die 62 Delegierten und 36 Gauleiter. Der Verbandsvorstand ist durch acht seiner Mitglieder vertreten, der Verbandsaus- schuß vertritt Daehne-Berlin, den „Grundstein“ Wiantz-Hamburg, für die Redatoren ist Marks-Hamburg antretend. Die Zahl der Gäste ist diesmal auch härter wie auf früheren Tagungen des Maurer- und des Hilfsarbeiterverbandes. Der Malerverband hat Steine-Hamburg, der Steinmetzverband Siebold-Leipzig und die Bauarbeiter-Forschungskommission Seinfle-Berlin delegiert. Die Bruderorganisationen in Oesterreich, Ungarn, Italien, Frankreich, Schweiz, Belgien, Dänemark und Schweden haben Vertreter entsandt. Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Behrendt-Hamburg, eröffnete den Verbandstag mit einem warmen Nachruf für den Kollegen Bömelburg, den die Delegierten lebend anhören. Behrendt würdigte die großen Verdienste Theodor Bömelburgs, des Führers und Freundes der deutschen Bauarbeiter. Sein Werk sei es, daß heute die deutschen Bauarbeiter in einer geeinigten Organisation tagen. Behrendt gedachte zugleich des verstorbenen früheren Redakteurs der Bauhilfsarbeiter, Alb. Köste, der, wie Bömelburg, ein halbes Menschenalter der Arbeiterbewegung sein Bestes gegeben habe. Die Toten könnten am besten dadurch geehrt werden, daß die deutschen Bauarbeiter weiter in dem Sinne wirken. Der Redner gibt dann einen kurzen Rückblick über die drei letzten Jahre und heischt dann die Gäste herzlich willkommen.

Klubpräsident Jena begrüßte den Verbandstag namens der Jenerer Bauarbeiter und wünschte den Beratungen besten Erfolg. Er hofft, daß die Aufgaben des Verbandstages zum Wohle des Verbandes gelöst werden.

Bei der Konstituierung des Kongresses werden Paepelow-Homburg, Silberschmid-Berlin und Behrendt-Hamburg als Vorsitzende gewählt. Ihnen stehen 12 Schriftführer zur Seite. Die vorgesehene Tagesordnung wurde be- hauptet. Wir haben sie bereits im Vorbericht besprochen.

Nach Einsetzung einer fünfgliedrigen Mandatsprüfungskommission hielten die ausländischen Delegierten Begrü- ßungsansprachen. Für die skandinavischen Länder sprach Petsson-Schweden, der tief bedauert, daß der Deutsche Bauarbeiterverband seinen ersten Mann heute nicht mehr in seiner Mitte hat. Bömelburg wurde auch in den skandinavischen Ländern tief verehrt. Redner erinnert an die Kämpfe in seinem Lande, er wünscht schließlich den Beratungen des Verbandstages besten Erfolg.

Nicolet-Frankreich bringt den deutschen Brüdern die herzlichsten Glückwünsche der Arbeiterchaft Frankreichs. Er hofft, daß der Verband durch die Beratungen für die bevor- stehenden Kämpfe gestärkt werde. Pettena-Oesterreich begrüßt den Verbandstag namens der österreichischen Bauarbeiter, die, wie ihre deutschen Kol- legen, tief um Bömelburg trauern würden. Die Oesterreicher hätten Bömelburg als ihren besten Ratgeber schätzen gelernt, und der österreichische Verband sei mit durch seine Vorschläge von Erfolg zu Erfolg geschritten. Wie die deutschen, ständen auch die österreichischen Kollegen vor einem harten Kampfe mit den Unternehmern. Die österreichischen Unternehmer hätten beschloffen, den Kampf zu gleicher Zeit mit dem deutschen Un- ternehmertum aufzunehmen. Sie würden aber die Arbeiter hel- der Länder gerüstet finden. (Stürmische Zustimmung.)

Nach weiteren Begrüßungsansprachen von Riez-Ingarn und de Bronvere-Belgien erhaltete Behrendt-Ham- burg den

Obchäftsbericht des Vorstandes.

Wir haben aus dem gedruckten Bericht — auf den der Redner verwies — bereits einen längeren Auszug gebracht. Aus den Ausführungen Behrendts sei hervorgehoben: Mit der Vertretung Bömelburgs, der ja gleich nach dem Kampfe 1910 erkrankt, hätten Vorstand und Gauleiter den Kollegen Paepelow beauftragt. — Die Verschmelzung der Maurer und Bauhilfsarbeiter sei besser von statten gegangen, als es der größte Optimist je gehofft habe. Wenso erfreulich sei die Mit- gliederbewegung. In den einzelnen Zweigvereinen sei ein Bettfreit entstanden, um zu zeigen, wie gut sie vorwärts schreiten. Die Werbestraft des Verbandes habe sich aufs beste bewährt, er habe am Schlusse des dritten Quartals 1912 eine Mitgliederzahl von rund 348 000 mühen können, gegen- über 248 000 im ersten Quartal 1910. Der Zuwachs sei also be- friedigend. Mit der großen Steigerung der Mitglieder sei auch eine große Steigerung des Vermögens verbunden. Im Jahre 1910 kam pro Mitglied ein Vermögen von 20.80 Mk., 1911 ein solches von 28.80 Mk. und 1912 ein Vermögen von 36.80 Mk.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ein proletarischer Kunstabend.

Der „Borm.“ schreibt: Am Montagabend bot die Ber- liner Parteiteilung zu Ehren des Preisentages eine Ver- anstaltung, bei der einzig die Bezeichnung möglich war. Als Empfangs Kommerz war der Abend angefündigt worden. In Wirklichkeit hatte die Veranstaltung mit einem Kommerze im landläufigen Sinne ungefähr so viel Ähn- lichkeit wie ein Dudelsack mit einem Sinfonieorchester. Brachte der Abend doch Darbietungen, deren künstlerischer Wert alle Erwartungen übertraf. Weihevoller Stimmung senkte sich auf die Tausende, als das Mithner-Orchester unter Leitung des Herrn Fried die kraft- und seelenvollen Weisen der dritten Leonoren-Quartette Beethovens er- tönen ließ. Hierauf sangen die Thiloischen Chöre „Das heilige Feuer“ von Uthmann mit Orchesterbegleitung, wo- bei freilich der vokale Teil durch die Wucht des instrumen- talen etwas niedergedrückt wurde. Ein von Ludwig Lessen gedichteter Prolog zur Begrüßung des Preisentages wurde von Herrn v. Winterstein vom Deutschen Theater meisterhaft gesprochen. Der Zeiten Ernst, des Volkes Not, Kampfesmut und Freiheitsstolz tönten aus den Reihen. Und nun kam der Glanzpunkt des ganzen Abends: Richard Dehmels „Erdtelied“ in Chorgesang und mit Or- chesterbegleitung. Die wunderbar tiefe und doch so plastisch klare Dichtung hat in der Verkennung des Herrn Fried eine mindestens gleichwertige musikalische Interpretation gefunden. Holmesrauschen und Sensenklang, das Schro- ten und dumpfe Dröhnen des Mühlganges, all das klingt wuchtig aus Chor und Orchester heraus; dazwischen gelbt der schrille Schrei der Not, den martige Töne des Arbeits- trostes ablösen, bis das Sturmesbrausen des Entseftes in stolzen Jubelakkorden ausklingt. Es war zum ersten Male, daß diese grandiose Tondichtung in solcher vokalen und instrumentalen Befegung unter Leitung des Kon- positionen selbst der Arbeiterchaft zu Gehör kam. Und die Wirkung war gewaltig: in atemlosen Schweigen lauschten

die Tausende, die im großen Saale der „Neuen Welt“ eng aneinander gedrängt saßen. Stürmischer Beifall brauste am Schluß durch den gewaltigen Raum und konnte nur dadurch zum Schweigen gebracht werden, daß Herr Fried sich notgedrungen zu einer Wiederholung entschloß.

Der zweite Teil des Abends wurde angefüllt durch eine Komposition der Goetheischen Dichtung. Die erste Walpurgisnacht von Mendelssohn-Bartholdy. Es ist dies „eine Art großer Kantate“, in der die Orchesterpartie be- sonders durch ihre fein herausgearbeitete und ausgefeilte Naturhildung brilliert, die aber auch dem Solo- wie dem Chorgesang dankbare Aufgaben zuweist. Volksschor und Blüthnerorchester bereiteten dem Gesangswerk unter Leitung des Herrn Zander eine würdige Aufführung. Die Solopartien wurden von Fräulein Simson (Alt), Herrn Langner (Tenor) und Herrn Guttmann (Bariton) vor- züglich durchgeführt.

Im dritten Teile bot das Orchester noch den feurigen Rafoz-Marsch aus Fausts Verdamnis von Berlioz und das klangvolle Vorspiel zu Wagners Meistersingern. Herr v. Winterstein registrierte in seiner pöndenen und fesselnden Art je ein Gedicht von Maday (Ihr könnt das Wort ver- bieten), Richard Dehmel (Bergsalz) und Drachmann (Auf Vorposten). Das zuletzt genannte Gedicht erzielte in Anbetracht der waffenklirrenden Zeit, in der das Prole- tariat heute seinen Friedenswillen proklamiert, eine be- sonders tiefgehende Wirkung.

So brachte der Abend eine künstlerische Veranstaltung, die man als geradezu Vorbildlich für proletarische Kunst- abende bezeichnen muß. Der künstlerische Stimmungs- gehalt der Darbietungen stand so hoch, daß er weder durch die diesen Abend wenig angepaßte Bodiederdekoratation noch durch die fernverdienenden Kellner beeinträchtigt werden konnte. Es ist zu hoffen, daß die Veranstaltung am Mon- tagabend ein Beispiel und Auftakt sein wird für die Bil- dungsarbeit und Kunstpflege, an die das Berliner Prole- tariat jetzt mit neuen Mitteln und erhöhter Energie herantritt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Einführung der Krankenunterstützung in den Wintermonaten habe auf dem konstituierenden Verbandstag in Leipzig starken Widerspruch gefunden. Heute könne aber konstatiert werden, daß die Befürchtungen jener Kollegen nicht eingetroffen seien. — Der Redner bespricht nun kurz die Lohnbewegungen in den Jahren 1911/12, von denen wir bereits im Vorbericht ein ziffernmäßiges Bild gaben, und schilderte dann, wie die Gerichte verfahren. Zweigvereine des Verbandes als politische Vereine zu erklären. Trotz aller Schikane schreite der Verband aber immer weiter vorwärts. — Wehrendt ging dann auf den Bauarbeiterstreik ein, der noch sehr ungenügend sei. Von 1949 im Jahre 1910 bei 18 Bauberufsgenossenschaften angemeldeten Unfällen hätten 18407 mit 1060 tödlich Verletzten entschädigt werden müssen. Diese Zahlen zeigten, wie notwendig ein größerer Schutz von Leben und Gesundheit für die Bauarbeiter wäre. — Am Schlusse seiner Ausführungen wandte sich Redner scharf gegen Ausführungen im schriftlichen Bericht des Ausschusses. Dort wird gesagt, daß der Vorstand heute — im Gegensatz zu früher — wichtige Fragen allein erledige, ohne sich vorher mit dem Ausschuss zu verständigen; dieser werde vor fertige Tatsachen gestellt. Der Ausschuss gewinne den Eindruck, als wenn an den leitenden Stellen eine gewisse Autokratie sich bemerkbar mache.

Wehrendt betonte den Vorwürfen gegenüber, die Funktionen des Ausschusses seien klar und deutlich im Statut vorgezeichnet. Der Vorstand sehe den Ausschuss nicht als gleichberechtigte, nebenstehende Körperschaft an, sondern als eine Arbeitskraft, die über ihm stehe. Der Vorstand habe dem Ausschuss in allen Fragen Rede und Antwort zu geben, wenn dieser an ihn herantrete. Der Vorstand wolle aber, daß der Ausschuss unabhängig von dem bleibe, was der Vorstand tue. Wenn der Ausschuss zusammen mit dem Vorstand über einzelne Fragen beschließe, dann könne er kein unparteiischer Richter über den Vorstand mehr sein. Mit seinem Verlangen gebe der Ausschuss über seine statutarischen Rechte hinaus. Wehrendt schließt, der Vorstand glaube, die Interessen des Verbandes in der Berichtszeit gut gewahrt zu haben. (Beifall.)

Den Kassenbericht gibt Kober-Hamburg, der die Finanzverhältnisse des Verbandes ausführlich erläutert. Die wichtigsten Zahlen aus diesem Bericht haben wir bereits im Vorbericht gegeben. An der Spitze der Ausgaben steht die Krankenunterstützung. Das Vermögen des Verbandes beträgt über 12 Millionen. Er sei finanziell gerüstet und könne mit Ruhe kommenden Kämpfen entgegen gehen.

Nach dem Bericht der Revisoren, den Marx-Samburg ab, sind Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden worden. Die Revisoren beantragen, dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen.

Den Bericht der Redaktion des „Grundstein“ erstattet Winnig-Hamburg, der den Unterschied zwischen dem Gewerkschaftsblatt und den Tageszeitungen präzisiert und seine Aufgaben kennzeichnet. Die Redaktion des Gewerkschaftsorgans stehe bei ihrer Tätigkeit immer vor praktischen Aufgaben, wobei man die Gebote der Taktik berücksichtigen müsse. Das bringe mit sich, daß die Redaktionsarbeit nicht immer den ungeteilten Beifall der Kollegen findet. Die Redaktion glaube aber, ihrer Aufgabe gerecht geworden zu sein. Sie habe sich nach Kräften angestrengt, den guten Namen, den der „Grundstein“ seit Jahrzehnten im deutschen Gewerkschaftsleben habe, zu wahren. Die Gerichte hätten sich des „Grundsteins“ des öfteren angenommen. Neben Erteilung von Geldstrafen versuchte man, den „Grundstein“ als politisches Organ zu erklären, und daraus auf den politischen Verein zu schließen. Das könne aber die Redaktion nicht daran hindern, den „Grundstein“ im alt bewährten Geiste weiter zu führen. Auch könne keine Gewerkschaftszeitung der Politik entarten. Wenn dadurch dem Verband Schwierigkeiten entstehen, so werde wohl auch noch diese Fessel geschlagen werden. — Winnig geht hierauf auf die Anträge ein, die sich auf den „Grundstein“ beziehen. Er bittet, einen Antrag der Gewerkschaftsfraktion a. M. abzulehnen, der die Herausgabe einer fachtechnischen Beilage wünscht. Der Herausgabe ständen große Schwierigkeiten entgegen, auch glaube Redner nicht, daß damit einem großen Bedürfnis entsprochen würde.

Den Bericht des Ausschusses gibt Daehne-Berlin. Der Ausschuss hatte 94 Beschwerden zu erledigen. — Redner bespricht einzelne Beschwerden und geht dann auf die Differenzen des Ausschusses mit dem Vorstand ein. Die Einwürfe gegen den Vorstand gehen besonders dahin, daß bei wichtigen Entscheidungen der Ausschuss und die Gewerkschaften nicht hinzugezogen werden. Es solle den Delegierten nicht vorenthalten werden, daß die Vorlagen an den Verbandstag, betreffend die Umgestaltung der Institutionen im Verbandsrat, wie auch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, ohne vorheriges Einvernehmen mit dem Verbandsauschuss ausgearbeitet, vorgelegt, ja die ersteren zum Teil gegen den Widerspruch des Ausschusses und der Gewerkschaften an den Verbandstag gebracht worden sind. Früher sei dies anders gewesen. — Die Gewerkschaften wolle der Vorstand künftig einstellen, dadurch würden sie aber in gewisser Hinsicht vom Vorstand abhängig werden. Der Ausschuss habe das Gefühl, daß einzelne Personen im Vorstand absolut ihren Willen durchsetzen wollten.

An diese Berichte schloß sich eine lebhafte Debatte, die heute nicht mehr beendet wurde. Hase-Berlin wünscht mehr Berücksichtigung der einzelnen Spezialgruppen, und im besonderen, daß bei den Betonarbeitern und im Aesbau mehr Agitation betrieben wird. Er bemängelt, daß die Betonarbeiter nicht gleich den anderen Branchen zu einer Berufs-konferenz eingeladen wurden. — Mehr Bauarbeiterstreik im Betongewerbe sei unbedingt nötig, ebenso wie eine Löhnerhöhung. Die gesamte deutsche Bauarbeiterchaft habe das dringende Interesse, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betongewerbe zu schaffen.

Baude-Ratowicz schildert die schwierigen Verhältnisse in Oberschlesien. Es sei notwendig, daß in Oberschlesien ein Kollege, der deutsch und polnisch spricht, angestellt wird.

Hase-Hamburg kritisiert, daß der Vorstand alle Ehrenmitgliedschaften aufgehoben hat, obwohl Bismarck auf dem Verbandstag in Leipzig erklärt habe, die alten Ehrenmitgliedschaften bleiben bestehen. Redner tritt sehr energisch für die Rechte der alten Mitglieder ein.

Worgmann-Bremen begrüßt, daß der Vorstand Kollegen, die der italienischen Sprache mächtig sind, angestellt hat. Diese Kollegen sollten aber nicht nur in dem Gau tätig sein, wo sie ihren Sitz haben. Die Agitation unter den italienischen Arbeitern sei dringend nötig. — Mit der Stellungnahme des Ausschusses gegen den Vorstand ist Redner nicht einverstanden. Das Recht, das der Ausschuss fordere, sei heute noch nicht geschrieben. Der Ausschuss hätte dann nicht so, wie getan, vorgehen dürfen. — In seinen weiteren Ausführungen regt Redner an, daß Firmen, die über ganz Deutschland betreiben seien, wie die Firma Holzmann in Frankfurt a. M., bei Bewegungen überall angegriffen werden, da sonst diese Firmen sehr leicht Arbeitswillige von dem einen Ort nach dem anderen abziehen können.

Riegler-Mürnberg kritisiert, daß man den Statuten den Wahrspruch zum Verbandstag genommen habe.

Paeplow-Hamburg (Vorstandsmitglied) wendet sich gegen die Vorwürfe des Verbandsauschusses. Er befreit, daß es seit dem Ausschreiben Bismarcks im Verbandsrat anders geworden sei. Paeplow bittet, nun endlich über die Lüge, die das Schreiben Bs. gerissen hat, hinweg zu gehen. Man solle dem zukünftigen Verbandsvorstand das Arbeiten nicht allzu schwer

machen (sehr richtig) und nicht immer sagen, das ist kein Bismarck. Die Geschäftsführung sei heute bei 360 000 Mitgliedern eine viel schwieriger als bei dem Verbandsrat mit 180 000 Mitgliedern, mit dem man groß geworden sei. Die Leitung im Bauarbeiterverbande habe Bismarck nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber doch der Ansicht, daß er die Interessen des Verbandes gut gewahrt habe. — Von den Vorlagen des Vorstandes an den Verbandstag seien, sobald sie im Vorstand ausgearbeitet waren, dem Ausschuss und den Gewerkschaften Mitteilung gemacht worden. Bevor der Vorstand die Vorlage durchberaten, hätte er sich doch nicht dem Ausschuss unterbreiten können. Was der Ausschussbericht über Demokratie und Autokratie sagt, sei abwegig. Niemand wisse die Demokratie besser zu schätzen, als er, Redner. Heute sei es noch nicht so weit, daß die Gewerkschaften den Verband sagen könne, bis hierher und nicht weiter. Der Verbandstag stehe über dieser Konferenz, diesem unterbreite der Vorstand seine Vorlagen und füge sich dessen Diktum. Der Ausschuss habe die Amistätigkeit der Vorstandes, die öffentlich in Erbscheidung tritt, zu überwachen. Er habe keine Kräfte, mit dem Vorstand anzufrieden zu sein. Redner empfindet es als ein bitteres Unrecht, daß der Ausschuss den Vorstand in seinem Bericht in gleicher Weise abgefertigt hat. (Den Ausführungen Paeplows folgte der Verbandstag in größter Aufmerksamkeit, sie wurden beifällig aufgenommen.)

Nach kurzen, aber unersentlichen weiteren Ausführungen zweier Redner wurden die Verhandlungen vertagt. Es sind noch 14 Redner zu diesem Punkte eingezeichnet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar.

Präsident Dr. Köpfer eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück. Die zweite Lesung des Etats des

Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt. Zum Titel Gehalt des Staatssekretärs liegen nunmehr neun Resolutionen vor.

Abg. v. Baum (Reichsp.) bemerkt: Ich muß zuerst meine und meiner Gruppe Unterstützung über das

Auftreten des Abgeordneten Wetterle

ausprechen. Er hat sich unterstanden, auf französischem Boden die Reaktion gegen die dortigen Bevölkerung in einer Weise aufzusuchen, wie es bis jetzt noch nie geschehen ist. Wie das gewirkt hat, sehen wir ja an den dortigen Bestimmungen, worin dem Abgeordneten von Colmar der Dank dafür ausgesprochen wird, daß er „einen so freundlichen Schauer über die Herzen hat ergehen lassen“. Wir müssen ganz besonders unserem Parteifreund Dr. Hoffel dafür unseren Dank aussprechen, daß er die Anregung dazu gegeben hat. Herr Wetterle mühte doch bald selbst einsehen, daß für einen solchen Mann, wie er ist, im Deutschen Reichstag kein Platz ist. (Bravo rechts und in Zentrum.) Die Entwicklung der elässlichen Verhältnisse macht jedem Vaterlandsfreund ernstlich Sorge. Auf Veranlassung der Regierung wurde ja feinerzeit Ersatz-Vorlesungen der Verfassung gegeben. Die Väter des Entwurfs werden wohl nicht viel Freude daran haben. Wir haben den Wunsch, daß diese Angelegenheit hier im Reichstag möglichst bald besprochen wird, und wir bitten den Reichstagskanzler, uns das vorhandene Material möglichst bald vorzulegen.

Sodann wendet sich der Redner den allgemeinen Erörterungen zu und führt aus: Die Ansicht des Abg. Fischer, daß unsere soziale Gesetzgebung seit dem Ausschreiben des Grafen Potjomkows aus dem Amte stillgestanden habe, trifft nicht zu. Die Sozialdemokratie sollte doch einmal auf ihre Gewonnen in Frankreich wirken, daß dort die gleichen sozialen Einrichtungen getroffen werden, wie sie bei uns zu finden sind. Die Anregung des Grafen Westarp wegen eines Verbot des Streikpostens behagen wir. Die Entwicklung der Warenhäuser beansprucht unsere größte Aufmerksamkeit. Für die Kinematographentheater müssen Gesetze geschaffen werden, insbesondere um Kinder vor schädlichen Einflüssen zu schützen. Vom preussischen Wahlrecht gilt dasselbe, was Bismarck von den preussischen Angelegenheiten sagte: Sie seien wie eine Walfade; erst kratzt sie etwas, nachher fühlt man sich aber sehr wohl darin. Mit der Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank sind wir einverstanden. Notwendig ist weiter ein Depositengesetz. Der geplante sozialdemokratischen Volksversicherung ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es muß ein Gegengewicht geschaffen werden. Wenn die bürgerliche Gesellschaft durch das Vorgehen der Sozialdemokratie aufgerüttelt wird, wird auch der nichtsozialdemokratische Arbeiter einen Segen aus der sozialdemokratischen Bewegung haben. (Beifall rechts.)

Abg. Jol (Zentr.): Vornweg muß ich auf die Frage Wetterle zurückkommen. Graf Westarp hat schon gestern gesagt, daß Wetterle nicht zum Zentrum gehöre. Er ist niemals Mitglied der Zentrumsparlei im Reichstag gewesen. Aber auch das Zentrum mißbilligt durchaus das Auftreten Wetterles, sofern die Zeitungen richtig berichtet haben. (Beifall links und im Zentrum.) Das müßte auch der Abg. Müller-Meinungen wissen. Er soll sich mit seinen Vorkürfern lieber an Herrn Blumenthal im Elsas wenden. (Heiterkeit im Zentrum und rechts.) Wann wird uns endlich das Wanderlager-Gesetz vorgelegt werden? Wann werden die Erwägungen über das Submissionswesen abgeschlossen sein? Dem Wanderverkehrinteresse wird vielfach von der Beamtenchaft zuwider gehandelt. Wir verlangen, daß die Arbeiter, die arbeiten wollen, nicht daran gehindert werden. Damit verlangen wir ein Ausnahmengesetz.

Die konservative Resolution gegen das Streikpostensgesetz dürfte schwer durchzuführen sein. Eine Änderung der jetzigen Verhältnisse ist aber dringend geboten. Die Beamten-Konjunktur müßten gesetzlich eingeschränkt und der § 100 der Gewerbeordnung beseitigt werden. Den Auswüchsen des Gauferhandels muß ein gesetzlicher Riegel vorgezogen werden. Den Beschüssen auf besseren Schutz der Bauhandwerker muß Folge gegeben werden. Wir wollen alles tun, um auch in Zukunft dem Mittelstand nach Kräften zu helfen. (Bravo im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Was die Sozialpolitik betrifft, so haben die meisten Vorkredner die Frage des Koalitionsrechts besonders erörtert. Meine Rede vom 10. Dezember 1912 hatte lediglich den Zweck, an Hand der Gesetzgebung die geschichtliche Entwicklung unserer Gesetzgebung in deren Judikatur die Grenze des Koalitionsrechts und der Gültigkeit des Reichsvereinsgesetzes festzustellen. Ich kann nur einschreiten, wenn es bei einzelnen Vorkommnissen sich um grundsätzliche Abweichungen von der Ansicht der Reichsleitung handelt. Ich habe lediglich eine Umgrenzung des Koalitionsrechts und des Vereinsgesetzes vorgenommen; daher ist es auch unzutreffend, wenn der Abg. Fischer mir vorwirft, daß meine Ausführungen zum Koalitionsrecht eine Verminderung des Koalitionsrechts bedeuteten. Auch hinsichtlich der Gewerkschafts-Engländer habe ich an meiner Rede vom 10. Dezember vorigen Jahres nichts zu ändern oder in Abrede zu stellen. Bezüglich der mit der Kurie geflogenen Verhandlungen genügt es zu sagen, daß wir in dem Gewerkschaftsrecht vermittelnd eingegriffen und in dem zugunsten der interkonfessionellen Gewerkschaften gewirkt haben und daß die Kurie den Willen hat, den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht

zu beschränken. Damit ist das Fortbestehen der Gewerkschaften gesichert. Mit dem Koalitionsrecht hängt die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen eng zusammen. Ich stehe noch auf demselben Standpunkt, wie in dem vergangenen Jahre, desgleichen die beteiligten übrigen Ressorts und der Reichstagskanzler. Ein Verbot des Streikpostens ist als ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung des Unrechts an der Arbeitswilligen und ihre Angehörigen bedroht, wird nur zum geringsten Teil von den Streikposten ausgeübt. Eine völlige Beseitigung der Belästigungen der Arbeitswilligen ist nur möglich durch eine neue systematische Änderung unserer bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, an deren Abänderung wir jetzt sind. (Hört, hört! bei der Sozialdemokratie.) Am Ausschreiben der Streikposten und Ausschreibungen bei Gelegenheit eines Streiks zu begegnen, gemäßen die jetzigen Gesetzesbestimmungen. Die Ausschreibungen im Ruhrvier wären auch vorgekommen und zur gerichtlichen Verhandlung gezogen worden, — wenn wir ein Verbot des Streikpostens gehabt hätten. In den meisten dieser Fälle handelt es sich um Ausschreibungen Streikender gegen Arbeitswillige, während nur eine geringe Zahl von Straftaten Arbeitswilliger zur Kenntnis des Gerichts gekommen ist. (Nachen bei der Sozialdemokratie.) Ein großer Teil der Verurteilungen richtet sich gegen Jungen und Frauen, die sicherlich nicht als Streikposten aufgestellt waren.

Eine generelle Regelung des Binnen-Strafverfahrens-Gewerbes ist wegen der völligen Verschiedenheit des Betriebs auf den Strömen nicht möglich. Auch hinsichtlich der Schwer-Eisen-Industrie sind uns Vorwürfe nicht zu machen. Die Einschränkung der Arbeitszeit, die Schaffung fester Erholungs-pausen, die Beseitigung von Überarbeit wird angestrebt. Mehr als 10 Stunden Arbeitszeit soll nicht zulässig sein. Das sind bessere Verhältnisse als im ganzen Ausland. Ein gewisser Stau-punkt in der Sozialpolitik ist doch angedeutet der großen Erweiterung der Sozialgesetze im letzten Jahr erklärlich. Vorkünftig sind wir zu einem gewissen Abschluß gekommen. Deutschland steht hinsichtlich seiner sozialen Fürsorge noch immer an der Spitze der Nationen. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, sich über das Maß unserer Sozialpolitik zu beklagen. Sie erschwert nur die Arbeit, wenn sie das Ideal im Ausland sucht und dieses auf Kosten des Vaterlandes lobt. Zum Schluß bemerke der Staatssekretär noch: Es muß einmal festgestellt werden, daß bei uns die Verhältnisse nicht so sind, wie sie im Ausland dargestellt worden sind. Im Anschluß daran muß auch die Regierung das

Verhalten des Abgeordneten Wetterle mit Ihnen schwer empfinden. Ich will hier in diesem Hause keine Kritik über das Verhalten eines Mitglieds dieses Hauses üben. Aber ich danke allen denen, die so entschlossen und tapfer gestern und heute ihre Abneigung gegenüber einem betragigen Treiben ausgesprochen haben. (Beifall rechts.)

Abg. v. Graese (Dschonf.): Auch ich habe namens meiner Freunde der tiefen Enttäuschung über das Auftreten des Abgeordneten Wetterle Ausdruck zu geben. Die Grenzen zwischen Industrie und Handwerk müssen gesetzlich festgelegt werden. Eine Verwollständigung der Sonntagsruhe ist durchaus notwendig. Auch wir wünschen die Einschränkung des Gaufierhandels, sowie die Beseitigung der Nacharbeit für die Bädergesellschaften. Soweit der Reichstag in Frage kommt, ist unser sozialpolitischer Fortschritt in erster Linie uns zuzuschreiben. (Sehr richtig! rechts, links.) Wir gehen unseren geraden Weg, um die Mittelstandsbewegung zu fördern, hoffen dabei aber auch, daß das Reichsamt des Innern ein schnelleres Tempo einschlagen wird.

Abg. Doormann (Vorstdr. Wp.): Auch wir verurteilen das Auftreten des Abgeordneten Wetterle, können aber nicht anerkennen, daß dieses etwas mit der elastischen Verfassung zu tun hat. Es muß anerkannt werden, daß in Deutschland die Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet außerst reg ist. Eine Weiterentwicklung der von den freien Gewerkschaften angezeigten Volksversicherung begrüßen wir. In der Wohnungsfürsorge und Wohnungsaufsicht muß mehr geschehen. Mit dem Erbschaftsteuer können wir einen erlösenden Verlust machen. Mit Zwangsimmungen allein kann dem Handwerk nicht geholfen werden; man muß diesen Organisationen auch einen lebendigen Inhalt geben.

Abg. Schwabach (natf.): Die lokale Haltung der litauischen Bevölkerung läßt es nicht berechtigt erscheinen, daß der Sprachenparagraf auf sie angewandt werde.

Abg. Kurasawski (Pole): Den Polen wird das Vereins- und Versammlungsrecht unter bewußter Mißachtung des Gesetzes in schamloser Weise verweigert.

Abg. Werner (Wirtsch. Wg.): Wir verlangen in einer Resolution das Verbot der Schaulustigen fremder Nationen. Ferner fordern wir ein Gesetz zum Verbot der Anwendung nichtdeutscher Geschäftsbeziehungen und die Schaffung einer obersten Sprachbehörde für Behörden und Schulen. Auch wir verurteilen das Auftreten des Abgeordneten Wetterle als das schärfste. Das tun aber, soweit ich unterrichtet bin, auch seine eigenen Freunde. Hoffentlich lassen sie ein kleines „Donnerwetterle“ über ihn ergehen. (Beifall rechts.)

Abg. Müller-Meinungen (Vorstdr. Wp.): Ich habe Herrn Wetterle nicht dem Zentrum an die Köchische gehängt, sondern nur angedeutet, daß Wetterle dem Zentrum politisch am nächsten stände. (Widerspruch im Zentrum.) In der Mitgliederliste von 1913 ist Herr Wetterle als Mitglied der Elsas-Lothringischen Zentrumsparlei angeführt. In diese Partei eine wesentliche andere als die Zentrumsparlei? (Zuruf im Zentrum: Jawohl!) Das wird den Herren in Elsas-Lothringen sehr interessieren sein zu hören.

Hierauf vertagt sich das Haus. Morgen 1 Uhr: Fortsetzung bzw. Weiterberatung. Schluß 18 Uhr.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

3. Konkursverbrechen und Vergehen, Beihilfe hierzu und Meineid.

In der Nachmittagsitzung wurde das Verhör der Angeklagten fortgesetzt. Der angeklagte Mayer ließ die Wirtschaft zum „Lamm“ wieder aufbauen. Das neue Wirtschaftshaus, das einen erheblichen Bauaufwand verursacht hatte, kaufte er um und nannte es „Habened“. Während der Bauzeit, die sich bis zum Frühjahr 1911 hinzog, betrieb er seine Wirtschaft in einem im Garten des Anwesens erstellten Baracke. Im Jahre 1912 besaß Mayer drei Häuser: Die Wirtschaft zum „Habened“, das Haus Holzgartenstraße 4 in Pforzheim und das Haus in der Calverstraße zu Dillweihenstein; außerdem gehörten ihm noch einige Feldgrundstücke. All diese Eigenschaften waren ganz erheblich mit Hypotheken belastet. Dadurch wurden die Zahlungsverpflichtungen des Mayer große, jedoch er zu Beginn des Jahres 1912 in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Die Lage des Angeklagten gestaltete sich immer ungünstiger, und schließlich war bei ihm der Gerichtsbeschluss kein selbsterlösend. Es kam schließlich so weit, daß fruchtlos gepöndelt wurde. Dazu gestellten sich noch zahlreiche Wechselprotokolle, da Mayer nicht mehr imstande war, die von ihm an Zahlungsverpflichtungen ausgegebenen Wechsel einzulösen. Man darf annehmen, daß Mayer Mitte Mai zahlungsunfähig war. Der Konkurs mußte über kurz oder lang über ihn hereinbrechen. Obwohl er dies wußte, gewährte der Ankläger dem Weinhändler Leopold und dem

No. 13.

Wäre die Sicherung für ihre Forderungen und verpachtete durch... die Forderungen und verpachtete durch... die Forderungen und verpachtete durch...

Bezeichnung keine Bestätigung. Doch ergab sich, daß Lang... am Abend des 1. Oktober stark angetrunken war.

Aus dem Lande.

Ettingen. — Sonntagsruhe im Handeltsgewerbe. Für die Handels-... geschäfte fällt für die Zukunft die Offenhaltung der Geschäfte...

Baden-Baden. — Städt. Volksbibliothek. Die der Joeben herausgegebene... Jahresbericht der städt. Volksbibliothek zeigt, daß die Benutzung...

Städt. Volksbibliothek. Die der Joeben herausgegebene Jahresbericht... der städt. Volksbibliothek zeigt, daß die Benutzung...

Der Verein Frauenstimmrecht" veranstaltet am Mittwoch, 15. Januar... in Lebers Gartenmaai einen Vortrag über...

aus Durmersheim schreibt man uns: Im „Volksfreund“ Nr. 35... vom 31. Dezember erschien ein Bericht über eine hier vorgekommene...

Weingarten, 15. Jan. Zwischen Weingarten und Durlach geriet... gestern ein Auto in Brand, das bis auf das Gerippe verbrannte.

aus Durmersheim schreibt man uns: Im „Volksfreund“ Nr. 35 vom 31. Dezember... erschien ein Bericht über eine hier vorgekommene...

c. Ughern, 16. Jan. In Untersuchungshaft abgeführt wurde am Montag... am Montag abend der seit etwa 3 Jahren hier ansässige...

Kehl, 14. Jan. Eine größere Anzahl der hier wohnhaften Schirmflecker... Männer und Weiber, verübte gestern wieder einmal in einer hiesigen...

Ullingen, 14. Jan. Kurzlich fing ein hiesiger Fischhändler... in Ullingen Altheim eine Riesengabel von Fischschuppe...

Aus der Stadt.

Umfang des städtischen Fleisch- und Viehbezugs. In welchem Umfang... die deutschen Städte von den Regierungen Maßnahmen für Einfuhr...

Erichtung einer Kochschule. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt eine Kochschule einzurichten... in welcher volksschulenteamliche Mädchen Gelegenheit zur Ausbildung...

Die Maskenrevue des Gewerkschaftsartells am nächsten Sonntag... verpricht nach den Vorbereitungen, die von der Leitung getroffen...

Das Erntedankfest hat am Sonntag abend im Museum eine große... Schar Verehrer um sich gesammelt und ihnen einen begnüglichen Abend...

Groß. Hoftheater. In der am Sonntag, 19. Januar, stattfindenden... Aufführung von Richard Wagner's „Walküre“ wird Kammerlänger...

Elisabeth Gutzmann — Arien- und Lieberabend. Fräulein Elisabeth Gutzmann... hält, wie bereits mitgeteilt, am kommenden Sonntag, 19. Jan., im...

Auch ein Kollege. Ueber das Verhalten des Brauers Kümmerle... in der Brauerei Schrempf haben sich seine Mitarbeiter schon des öfteren...

2. Unter- de. Für Betrel- nanten, den. die 1 Jahr- ungschaft, Wochen misstrafe amttztrage Leberwei- 5. hörte, beidtlb er in den Gast hietl am Dresden 8 Tage ungeflachte Twies. — 8 hiesige 3. aus 13. An der Straf- trefel der Berufung riefried- Schöpfen- ang auf Berufsung teigepre- bedtstrafe geberweiter wohnhaft, ung des n 10. M. Privat- ungs der- n-Lotterte Kreis mit rio-Unter- Die Kos- indet noch e Ziehung 1888 Selb- m Haupt- kommen. zu emp- in Sicher- ge Vorrat, 13. Sang- u haben. t weg, oeiter. markt 7 Ubr und Bektschadt- 3-8 Ubr. ittag vor- 4714 aktion. Maus- fallenhänd- 4678 urch. 2. Et. rrer 4656 rant lang- Pfg. Pfg. emachte de- 4656 rrer itialien.

mischt sich im ganzen Betriebe in alles hinein, was ihn nichts angeht, und wo er gar nichts zu suchen hat. Er beschimpft ohne allen Grund seine Mitarbeiter als „Simpel“, „Dadel“, „Rindvieh“, „Kaulenzer“ usw. So hat ihn vor kurzem Herr Schrempf selbst in einer Betriebsabteilung betreten, wie er gerade unter großem Geschrei über die Mitarbeiter hergefallen war. Herr Schrempf wies ihn zurecht und schickte ihn an seine Arbeit. Der Herr Kümmerle wartete alsdann im Nebenraum bis Herr Schrempf weg war, dann kam er wieder in diese Abteilung, fing von neuem zu schreien und zu schimpfen an und warf sogar mit Bierfässern nach den Anwesenden. Wenn sich dann die Arbeiter darüber beschwerten, versteht er es vortrefflich, sich als verfolgte Unschuld auszuspielen. Er erfindet allerlei Terrorisismmärchen und behauptet, daß er von den Arbeitern systematisch unterdrückt werde. Wir müssen das als Lüge und Verleumdung bezeichnen, sogar seine gelben Gefinnungsfreunde müssen öffentlich zugeben, daß er nur mit Lug und Trug umgehe! Es sollte daher doch die Betriebsleitung etwas anders gegen einen solchen gefennzeichneten Menschen vorgehen, der sich sogar ohne weiteres über die Befehle des Chefs des Hauses hinwegsetzt. Oder sind die Dienste dieses Herrn für die Brauerei Schrempf unentbehrlich?

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
 Hartnäckigen Widerstand leistete gestern nachmittag ein Hausbursche aus Dedenpfrona einem Schuhmann, welcher ihn im Hause Marienstraße 69 wegen Bettels festnehmen wollte. Beide kamen zu Fall, wobei eine Glasstürscheibe zertrümmert wurde. Richtig bemerkt der Schuhmann, daß er eine erhebliche Verletzung am rechten Handgelenk erhalten hatte. Ob ihm die Verletzung vom Festgenommenen beigebracht wurde, oder ob sie vom Sturz in die Scheibe herrührt, konnte noch nicht aufgeklärt werden, der Schuhmann mußte mittelst Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht werden. Der Hausbursche ist verhaftet.

Vergnügungen und Unterhaltungen.
 Im Kolosseum beginnt heute Donnerstag, den 16. Jan., ein vollständig neues Programm; außer einem hervorragenden artistischen Teil dürfen die drei „Enliler“ Die „Schamige“, ein Dialog von Reibhardt, die Komödie „Botans Abschied“ und das „Starke Stück“, ein Singspiel von J. Herit, eine besondere Anziehungskraft ausüben, zumal die Stücke gewürzt sind von Humor und so recht in die Festungszeit passen und die Hauptrollen vertreten sind durch die bekanntesten schauspielerischen Kräfte „Vera Fort“ und „A. v. Walberg“.

Neues vom Tage.

Eine weitere Mordtat.
 Ortzig, 15. Jan. Im vorigen Jahre ist zur Erntezeit in Selliner Lohse ein altes Ehepaar Spremberg auf seinem Grundstück erschossen aufgefunden worden. Man nahm damals Mord und Selbstmord an. Jetzt scheint auch dieser doppelte Leichenfund seine Aufklärung zu finden. Das Grundstück des alten Ehepaars liegt neben der Lehmann-Fiegelei, auf der zu jener Zeit ein Heinrich Groß, alias Sternidel, arbeitete. Bald nach dem Auffinden der Leichen gab Sternidel seine Arbeit auf und verließ die Fiegelei und die Gegend. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits die Akten über den Leichenfund zur weiteren Aufklärung eingefordert.

Frankfurt a. O., 16. Jan. Die Voruntersuchung gegen den Raubmörder Sternidel ist eröffnet worden. Der „Voss. Zeitung“ zufolge soll sie derart beschleunigt werden, daß die Verhandlung wegen der Mordtat in Ortzig noch in dieser Schwurgerichtsperiode, die am 10. Februar ihren Anfang nimmt, Erledigung findet.

Verletzung von Telephonistinnen.
 Stralsund, 16. Jan. Auf dem Telephonfernamt wurden gestern, wie das „Verl. Tagebl.“ berichtet, zwei Beamtinnen durch die Ströme der elektrischen Ueberlandzentrale schwer verletzt. Auch eine dritte Beamtin wurde durch den Starkstrom getroffen, kam aber mit leichten Verletzungen davon.

Luftschiffahrt und Flugspport
 Mißglückter Simplon-Flug.
 Brig, 15. Jan. Der Flieger Bielovucic versuchte gestern nachmittag den Simplon zu überfliegen, mußte aber in 100 Meter Höhe wegen heftigen Windes und großer Kälte umkehren. Bei der Landung wurde der Apparat beschädigt, sodaß weitere Versuche für einige Tage unmöglich sind.

Der Balkan-Konflikt.

Die Verhandlungen der Votschafter.
 Berlin, 15. Jan. Heute findet in London eine neue Sitzung der Votschaftervereinigung statt. In ihr soll über die von Deutschlands und andern Mächten befürworteten Milderungen des Wortlauts der Gesamtnote beraten werden. Sollte man in der heutigen Sitzung über diesen Punkt zur Einigung gelangen, so dürften sich der Feststellung des endgültigen Textes der Gesamtnote wohl keine weiteren Schwierigkeiten entgegenstellen.

Die Haltung des Balkanbundes.
 London, 15. Jan. Wenn auch die Neutertelegramme über eine einseitige Sprengung der Friedenskonferenz durch die Vertreter der Verbündeten jetzt allgemein als unrichtig anerkannt werden, so kann man doch die Frage aufwerfen, ob die Regierungen der Balkanstaaten sich nicht etwa mit dem Gedanken getragen hätten, den Waffenstillstand zu kündigen und vier Tage nach der Kündigung die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen.

Letzte Nachrichten.

Aus der Wahlprüfungskommission.
 Berlin, 15. Jan. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß, über die Wahl des Abg. v. Riebert (Reichspartei) Beweiserhebung einzuleiten.

Tarifverhandlungen im Holzgewerbe.
 Berlin, 16. Jan. Nach längerer Pause werden heute die Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Holzgewerbe wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber wollen den Arbeitern bestimmte Vorschläge über die Regelung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung vorlegen. Von der Aufnahme dieser Vorschläge wird es abhängen, ob es zu einer Verständigung oder zum Streik kommen wird, von dem über 50 000 Arbeiter in ganz Deutschland betroffen sein würden.

Aus dem elßässischen Landtag.
 Straßburg i. E., 15. Jan. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer begründete Unterstaatssekretär Köhler den Etat für 1913. Bei dem Titel Repräsentationskosten des kaiserlichen Statthalters erklärte er im Namen der Regierung, daß sie eine Verkürzung desselben nicht für angängig halte. Auch solle der Dispositionsfonds des kaiserlichen Statthalters, der im ordentlichen Etat auf 100 000 Mark — gegen früher 130 000 Mk. — herabgesetzt wurde, in der jetzigen Verwaltungsform bestehen bleiben, weil er anerkanntermaßen gute Dienste geleistet habe. Abg. Marx (Zentr.) erkannte die vorläufige Aufstellung des Stats an und erklärte, daß bezüglich der Repräsentationskosten für den Statthalter das Zentrum dabei beharre, daß dieser mit 200 000 Mk. zu hoch und daß die Hälfte ausreichend sei. Er kündigte ferner einen Antrag des Zentrums wegen einer neuen Bahnlinie Straßburg—Basel an. Der Abg. Jung (Vöhringer) schnitt die Frage der Woffelkanalisation an und warf Preußen dabei vor, daß es, von Krasser Selbstsucht und von Egoismus getrieben, dem Lande eine unwürdige Behandlung zuteil werden lasse. Präsident Nidling rief den Abgeordneten heftig erregt zur Ordnung. Als dieser erneut Preußen angriff, kündigte der Präsident einen weiteren Ordnungsruf in energischer Form an, worauf der Abgeordnete seine Äußerungen zurücknahm. Der Vertreter der Sozialdemokratie, Fuchs, erklärte, daß seine Partei den gesamten Etat ablehnen werde, mit der Begründung, daß die Regierung die großen Forderungen der Sozialpolitik so wenig berücksichtigt habe. — Nächste Sitzung morgen.

Der republikanische Kandidat für die Präsidentschaft. Pams oder Poincare?
 Paris, 15. Jan. Zu der heutigen Vollaussammlung der Parteien der Linken zwecks Vorwahl des

republikanischen Kandidaten waren erschienen 633 Mitglieder dieser Parteien von 750. Der erste Wahlgang war um 4 Uhr beendet. Das Ergebnis wurde um 5 Uhr verkündet. Poincare erhielt 180 Stimmen, Pams 174, Dubost 107, Deschanel 83, Ribot 52. Der Rest der Stimmen ist zerplittert. Diese Abstimmung kennzeichnet sich zunächst darin, daß die Radikalen ihren eigenen Kandidaten aufgestellt haben und Ribot schon jetzt als aussgeschaltet gilt. — Es wird zu einem zweiten Wahlgang geschritten. Die Parteigruppen beraten augenblicklich über das Ergebnis im Hinblick auf den zweiten Wahlgang. Dubost ist bereit, zu verzichten, wenn auch Deschanel verzichtet. Dann würde die Entscheidung zwischen Poincare und Pams stehen. Ob Deschanel verzichtet, ist zur Stunde noch zweifelhaft. — Später. Es wird bekannt, daß Dubost auf seine Kandidatur zugunsten von Pams verzichtet hat. Beim Verlassen des Beratungszimmers bringen ihm die Radikalen deshalb Glückwünsche. Deschanel ist geneigt, wie man sagt, zu verzichten, um für irgend eine Kandidatur Partei zu ergreifen. Der zweite Wahlgang beginnt. Ribot hat amtlich mitteilen lassen, daß er seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang der republikanischen Vollaussammlung zurückziehe, dagegen sich für den Nationalkongress volle Freiheit des Handelns vorbehalte. Der zweite Wahlgang wird um 7 Uhr geschlossen und das Ergebnis gegen 8 Uhr bekannt gegeben. Pams 283, Poincare 272 Stimmen, der Rest war zerplittert.

Zur politischen Lage in Spanien.
 Madrid, 15. Jan. Im Verlaufe seiner Unterredung mit dem republikanischen Führer Azcarate sprach sich der König lebhaft für die Einführung einer Altersversicherung, sowie dafür aus, daß bei den Wahlen strengste Aufrichtigkeit beobachtet werde. Ferner bekannte sich der König zu einer weitgehenden religiösen Toleranz und zu einer Regelung des Schulunterrichts in liberalerem Sinne. Azcarate rief dem König, die Führer der antikonstitutionellen Parteien zu befragen. Er ist überzeugt, daß es den Liberalen jetzt möglich sein werde, ihr Programm in weitgehendstem Sinne zu verwirklichen. Die liberalen Blätter glauben, daß Spanien einer Restauration entgegengehe. Sie raten den Liberalen, dem Beispiel des Königs zu folgen. Die republikanischen Zeitungen sehen die Politik Maura für ewig abgetan an. Die rechts stehenden Blätter fordern die Katholiken auf, sich auf einen demnächstigen Krieg gegen die äußerste Linke vorzubereiten.

Wasserstand des Rheins.
 Schusterinsel 1.12 m, gef. 7 cm, Rehl 2.06 m, gef. 5 cm, Maxau 3.61 m, gef. 8 cm, Mannheim 2.87 m, gef. 6 cm.

Vereinsanzeiger.
 Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Kommen den Sonntag, am 19. d. M., findet mittags 2 Uhr im Lokal zum „Darmstädter Hof“ unsere Generalversammlung statt, wozu sämtliche Kollegen freundlichst eingeladen werden. Die aus der Bibliothek entliehenen Bücher sind mitzubringen. 47122. Die Ortsverwaltung.
 Eine bei Durlach. (Soz. Verein.) Samstag, 18. d. M., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Blume“ Wahlvereinsversammlung statt, wozu die Genossen erjucht werden, vollständig zu erscheinen und hofft auf zahlreichen Besuch. 4690. Der Vorstand.
 Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 18. d. M., abends 9 Uhr, im Lokal Vortrag des Genossen Hebele über „Sozialdemokratie und Religion“. Hierzu sind Volksfreundleser und Parteigenossen eingeladen.
 Durmersheim. (Soz. Wahlverein.) Sonntag, 19. Jan., nachm. 1 Uhr, im Gasthaus z. „Kreuz“ ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, sowie Neuwahl des Gesamtvorstandes und Verschiedenes. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist und der Versammlungsbesuch in letzter Zeit sehr viel zu wünschen übrig ließ, so ist es Pflicht der Parteigenossen, in dieser Versammlung pünktlich und vollständig zu erscheinen. Auch Volksfreundleser sind hierzu freundlichst eingeladen. 4731
 Oberkirch. (Soz. Verein.) Sonntag, 19. Januar, nachmittags 3 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Gasthaus zum „Flug“. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen zu erscheinen. 4730

GROSSER

Inventur-Ausverkauf

in allen Abteilungen.

Unseren Neubau wollen wir möglichst mit nur neuen Waren eröffnen. Um nun mit alten Waren-Beständen zu räumen, verkaufen wir dieselben nach beendeter Inventur zu enorm billigen Preisen.

Besondere Angebote:

Damen-Konfektion, Handschuhe, Strümpfe und Socken.

HERMANN TIETZ

No. 18.

Pfannkuchen

Unser

Maria

garant

fein

her

da

la. M.

Mar

offen

5 Pf

Eimer

la. M.

Mar

offen

5 Pf

Eimer

la. M.

Mar

offen

5 Pf

Eimer

Verlan

in unse

unser

neue

Pfannk

Canari

prima

Sänger,

den 1.50-2

R. Fütterer

Waldstr. 16

Spielplan

„Der Schlag

zu dem bekann

in den Haupt

vom 16.-23.

vom 24.-31.

sowie der her

briste modern

Mimiker, Bar

The 3 Jahrs

Raffaettes,

Lichtspiele,

18. Januar, ab

zwei Vorstel

Inve

Sch

Wi

u

50

Sch

Ecke

KARL

Kün

Baden-Württembe

Pfannkuch & Co
Unser vierter Waggon
 neue
Marmeladen
 garantiert aus frischen Früchten hergestellt, darunter

la. Melange-Marmelade
 offen Pfd. 30,-
 der 5 Pfd.-Eimer 1.35

la. Pflaumen-Marmelade
 offen Pfd. 34,-
 der 5 Pfd.-Eimer 1.60

la. Mirabellen-Marmelade
 offen Pfd. 45,-
 der 5 Pfd.-Eimer 2.-

Verlangen Sie bitte in unseren Filialen unsere neue Konserve-Spezialpreisliste.

Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.
 in den bekanntesten Verkaufsstellen

Kanarien-Edeltroller
 prima Sänger, 8-15 Wk., Weiß-
 den 1.50-2 Wk. 4646
 M. Fütterer II, Gaggenau.

Inventur-Ausverkauf

500 Schlafdecken

ZU
Extra-Preisen.

Jacquard-Decke, Baumwolle	4.90	4.25	3.50	2.80
Jacquard-Decke, Halbwole	8.75	6.50	5.50	4.90
Jacquard-Decke, reine Wolle	22.-	19.50	17.50	13.50
Steppdecken doppelseitig, Satin, gute la. Qualitäten	22.50	16.-	12.-	8.50
Kamelhaar-Decken	21.-	16.-	11.50	8.50

Betttücher, weiss, mit oder ohne Kante, 150/205 Stück **1.65**

Sonder-Preise { Gardinen, Teppiche, Linoleum.

Hugo
Landauer

Karlsruhe i. B., Kaiserstrasse 143/145. 4720

Pfannkuch & Co
Frische Gemüse.
 Ein Waggon
Holländer Rotkraut
 Kopf 25 Pfg.
Französischer Blumenkohl
 Kopf 30 u. 35 Pfg.
**Schwarz-
 wurzeln**
 Pfund 28 Pfg.
 Letztere nur in einigen Filialen. 4681

Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.
 in den bekanntesten Verkaufsstellen

Zur Neuen Pfalz,
 Banmeisterstr. (Bahnhofstr.)
Schlachttag!
 Heute Donnerstag v. 11 Uhr ab: Spez. Oberländer Blunzen, sowie feine Leber-, Griebenwürste u. Schwarzenmaggen, Kesselfleisch mit Kraut und Schlachtplatten. Sonntags selbst gebeizte Nippchen, Knöchel und Gallert, wozu freundlichst einladet Carl Wetter.

Konfirmanden-Ausg,
 wie neu, billig abzugeben.
 Werderstr. 49, Etb. 4. St., 1.
 Maskefokfilm (Bigennerin) ist billig zu verkaufen oder zu verleihen, auch ist eine Kinderbettlade mit Matratze billig zu verkaufen.
 Werderstr. 6, Etb. 3. Stod.

Herrenfahrrad
 mit Freilauf, ist wegen Platzmangel billig abzugeben.
 Zu erfragen: Beierheim, Gedhardstr. 68, 2. St. rechts.

Waldstr. 16/18 **Colosseum** Telephon 1938
 Spielplan für die Zeit vom 16. bis inkl. 31. Januar 1913:
 „Der Schlager der Saison“: Die G'schamige, ein Dialog zu dem bekannten Bilde v. F. v. Reznioek, verfasst v. A. Neidhardt, in den Hauptrollen: Vera Forst, R. v. Valberg. Ferner vorher vom 16.-23. Januar: „Wotans Abschied“, Komödie in 1 Akt, vom 24.-31. Januar: „Das starke Stück“, Schwank in 1 Akt, sowie der hervorragende artistische Teil: Max Henky, Malabristo modern und parforce, John Armand, internationaler Mimiker, Barb B'erry in ihren amerikan. Tanz-Neuheiten, The 3 Jahns, in ihren phänomenalen Balance-Evolutionen, Raffagettes, akrobatische Hunde, ein Wunder der Dressur, Lichtspiele, hervorragende Neuheiten. — Samstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, Vorstellung, Sonntag, den 19. Jan., zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr. 4708

Schluss des
Saisonausverkaufs
 in drei Tagen.
Reste und Restbestände
 in Kleider- und Blusenstoffen
 Kinderkleider, Unterröcke,
 Wollwaren und Trikotagen,
 um vollst. zu räumen ein grosser Teil
 unter Ankaufspreis herabgesetzt.
 Circa 100 Stück
Herren-Nachthemden
 bessere Qualitäten
 Serie I 4.75 Serie II 3.80 Serie III 3.25
 Ein Posten weisse
Herren-Oberhemden
 mit Falten und Piqué-Einsätzen
 Stück von 2.55 bis 3.50
 Doppelte Marken oder 10% in bar.
Kaufhaus Jakob Löwe
 46 Kaiserstrasse 46. 4719

Gesangverein Badenia.
 Die heutige Probe fällt aus. Gingenen Zusammenkunft pünktlich 8 1/2 Uhr zu besonderem Zweck im früheren Köllenerberger. Vollzähliges Erscheinen unerlässlich. 4732
 Der Vorstand.

Kindewagen, noch gut erhalten, billig zu verkaufen. Luisenstrasse 34, Hinterh. 3. Stod.

Während unserm
Inventurausverkauf
 sind die Preise für sämtliche Sorten
Schuh-Waren
 bedeutend zurückgesetzt.
Winter-Schuhwaren
 um damit vollständig zu räumen, bis
50% im Preise ermässigt.
Schuhhaus „Hansa“
 Karlsruhe, Telefon 1627 4718
 Ecke Markgrafen- und Kronenstrasse.

L. Müllers Schirmfabrik
 K. Appenzellers Nachfolger
 Inh. A. Paulick-Rowinski Wwe.
 Herrenstr. 20. Gegründet 1852. Herrenstr. 20.
 Während des 4696
Inventur-Ausverkaufs
 auf
10% (Regenschirme u. Handschuhe) 10%
 auf
20% (Sonnenschirme farb. Regenschirme Krawatten Spazierstöcke) 20%
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Carl König
 Dentist.
 KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
 Telephon 2451.
 Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.


Karl Hummel
 Stahlwarenhandlung
 Rasiermesserschleifen
 Karlsruhe i. B. Werderstr. 43.
 Die weltberühmten Fabrikate der Firma
B. Kissner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)
 sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der Verkauf zu Fabrikpreisen. 170

Schillerstrasse 22  Ecke Goethestr. 4784
 Nur noch
heute und morgen
 den grossen **Weltschlager**
Ariadne.
 Eine moderne Künstler-Tragödie in 3 Akten.
 In den Hauptrollen: Wanda Treumann u. Vigo Larsen
 Noch niemals ist eine Künstler-Tragödie von so grossem Stil im Film dargestellt worden.
 Haltestelle der Strassenbahnlinie Kühler Kraus.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Sängerbund Vorwärts
18  90

Karlsruhe Ende 4 Uhr.

Anfang 8 Uhr
Saalöffnung 8 1/2 Uhr.

Samstag, den 25. Januar 1913, abends 8 Uhr
im grossen Saale der „Festhalle“

Grosser Masken-Ball

mit Prämiierung der schönsten und originellsten Damen- und Herren-Kostüme und Gruppen. :: ::
8 Damen-, 8 Herren- u. 3 Gruppen-Preise.

Gruppen und Einzelmasken müssen spätestens um 10 Uhr im Ballsaale anwesend sein und müssen Gruppen aus mindestens 4 Personen bestehen.

Doppel-Orchester.
Gewerkschaftsorchester und Schützenkapelle
:: unter persönlicher Leitung ihrer Direktionen. ::

Eintrittskarte 1 Mk. :: Für Mitglieder und deren direkte Angehörige 30 Pfg.

Vorverkauf von Eintrittskarten à 1 M. Vereinslokal **Deutsche Eiche**, Augartenstr. 60. Kunstgärtnerei **Bollin**, Werderstr. 46. Friseur **L. Zimmermann**, Luisenstr. 56. Restauration „**Zum Auerhahn**“, Schützenstr. Friseur **Ad. Kussmaul**, Rankestrasse 18. Zigarrengeschäft **L. Graf**, Ecke Marien- und Augartenstrasse. **R. Pahr**, Kaufmann, Kronenstr. 49. Restauration „**Zur Schruppel**“, Durlacherstr. 81. Hutgeschäft **Zenker**, Kaiserstr. 65. **Gewerkschaftszentrale**, Kaiserstr. 13. Zigarrengeschäft **Bez**, Gerwigstr. 32. Restauration „**Zur Wacht am Rhein**“, Gartenstr. 2. Musikalienhandl. **Fritz Müller**, Ecke Kaiser- und Waldstr. Restauration „**Zur Gambrinus-halle**“, Erbprinzenstr. 80, sowie bei den Herren Sängern.

Karten für Mitglieder werden nur an der Abendkasse gegen Vorzeigen der Legitimationskarte ausgegeben und haben Mitgliedsbücher keine Gültigkeit. Hierüber wird strenge Kontrolle geübt. Kasse für Mitglieder wird um 11 Uhr geschlossen.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Vorstand.

NB. Die Abschnitte an den Karten werden beim Betreten der Ballräume vom Kontrollpersonal abgetrennt und zurückbehalten. Karten ohne Kontrollabschnitt sind ungültig. Die Karte ist sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen. Wer die Festhalle vor Beendigung des Balles verlässt, verliert die Berechtigung zum Wiedereintritt. In besonderen Fällen werden vom Kontrollpersonal Kontrollabschnitte für den Wiedereintritt ausgegeben. 4710

Gesang-Verein Bruderbund
Karlsruhe-Mühlburg.

Samstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr 33 Minuten
beginnend, im grossen Saale des „Kühnen Krug“:

Grosser Maskenball
mit Prämiierung der schönsten und originellsten Masken :: ::

Zur Verteilung gelangen 6 Damen- und 6 Herrenpreise.

Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder nebst Familienangehörigen sowie alle Bewohner von „Wild-West“ und den umliegenden Bundesstaaten zu närrischem Beisammensein freundl. ein.

Herrenkarten kosten 50 Pfg., Damenkarten 30 Pfg. und sind im Vorverkauf, sowie an der Kasse zu haben. — Vorverkaufstellen sind: „Palme“, Lessingstrasse; „Wacht am Rhein“, Gartenstrasse; „Saalbau“, Bachstrasse; „Hirsch“, Hardtstrasse und bei Friseur Horn, Rheinstrasse 30; auch sind Eintrittskarten bei den Sängern und Sängerinnen erhältlich.

4711 **Tanzen frei.** 4711

Der närrische Vorstand.

Geschäfts-Empfehlung.

Ich bringe hierdurch ergebenst zur Kenntnis, dass ich nach dem Ableben meines Mannes dessen Geschäft unter der seitherigen Firma

Gustav Benzinger Nachfolger
J. Estelmann

weiterführen werde mit Hilfe meines ältesten Sohnes, der als Prokurist bestellt ist.

Ich bitte das Vertrauen, welches mein sel. Mann während der vielen Jahre seines geschäftlichen Wirkens erfahren durfte, auch auf mich und meinen Sohn übertragen zu wollen.

Karlsruhe, Januar 1913.

Frau Marie Estelmann
geb. Kurz.

4571

Gebt acht,
wenn Ihr Palmin Euch kauft,
S gibt Fette, die man ähnlich tauft!
Auch statt Palmona schiebt man vor
Oft das, was ähnlich klingt für's Ohr!
Drum achtet, ob auf dem Paket
Die Firma Schlinck in Hamburg steht!

Palmin - Pflanzenfett.
Palmona - Pflanzen-Butter-Margarine.

Colosseum-Restaurant
jeden Donnerstag
Schlachttag



Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauen-Kleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkstatt. 13

Frau Streckfuß Durlacherstrasse 79.

Kinderbettstelle, eichen, mit Matratze, sowie ein Maskenfokium preiswert zu verkaufen. Werderstr. 86. 2. Et. 1.

Roll-schuhpalast
Ecke Garten- und Ritterstrasse.

Afrikaner-Dorf 60 Männer, Weiber und Kinder
mit Vorführung ihrer gesamten Industrie.

Tägl. von nachm. 2 Uhr bis abends 11 Uhr, Sonntags von 12 Uhr ab geöffnet. Das Dorf ist geheizt. Restauration.

50 Paar getragene Herren- u. Damenstiefel sind billig zu verkaufen. 4709

Schuhreparatur Mayer
Zähringerstr. 19.

Maskenhofium Spanierin, bill. zu verf. Karl Wilhelmstr. 40 V. rechts.

Weiterer Waggon
Holländer
Rotkraut
in schönster Ware ist eingetroffen.

Kopf, ca. 4 Pfund schwer, **26 Pfg.**
Kopf, ca. 3 Pfund schwer, **20 Pfg.**

Bei größerer Abnahme, Kopf- oder zentnerweise, billigt. 4729

Bucherer
in sämtlichen Filialen.

Tüchtige
Besselschmiede
Nieter u. Stemmer
werden gesucht. 4721

Maschinengesellschaft
Karlsruhe
Karlsruhe, Baden.

Diwans.

Neue, bessere Diwans werden unter Garantie von 32, 35 u. 40 M. an verkauft. Feine Fabrikware. R. Köhler, Tapezierer, Schützenstr. 25. 4420

Tüchtige Schneiderin
von auswärts zugezogen, fertigt Costüme, Kleider, Wäulen und Kinderkleider zu billigen Preisen. Fr. Wähler, Sophienstr. 66. Seitenbau 4 St. 4421